

Fa 669a

Rw 1974

Ueber die Behauptung

dafs die

U n t e r s u c h u n g

in

Strafsachen der Reichsunmittelbaren

dem

Reichs - Hofrathe

nicht dem

Reichs - Cammergerichte

zustehe)

von

D. Carl August Tittmann

Lehrer der Rechte auf der Universität Leipzig.



Leipzig

b e i K u m m e r

1801.

Ueber die Bedeutung

der

Untersuchung

in

Staatsarchiven der Reichsuniversitäten

dem

Reichs-Hofrathe

nicht dem

Reichs-Cammerrathe

an

von

D. Carl August Tietmann

Lehrer der Rechte auf der Universität zu Göttingen



Verlag

von Carl Neumann

Seinem
theuern Schwager

dem

D. Christoph Carl Stübel

des Hofgerichts der Juristen-Facultät und des Schöppen-
stuhls zu Wittenberg Beisitzer und öffentlichem ordent-
lichen Professor der Rechte auf der Universität
dasselbst

zum

öffentlichen Zeichen

innigster

L i e b e

gewidmet.

Seinem

Ehrenn Schwager

dem

D. Christoph Carl Stübel

des Hofgerichts der Juristen-Facultät und des Schön-
stuhls zu Wittenberg, Professor und öffentlichem ordent-
lichen Professor der Rechte auf der Universität

dasselbst

zum

öffentlichen Zeichen

eingetragen

1842

gewidmet

V o r r e d e.

Ueber den Plan und die Absicht dieser Schrift hat der Verfasser hier nichts zu sagen, denn über beides hat er sich schon in der Schrift selbst erklärt. Auch glaubt er nicht Entschuldigungen nöthig zu haben, daß er eine Materie bearbeitete, über die die Praxis für das *jetzt* fast schon entschieden hat, wenigstens werden sie diejenigen nicht verlangen, die dem Inhalte dieser wenigen Bogen einige Aufmerksamkeit geschenkt

haben. Allein dieß glaubt der Verfasser hier zum Voraus bemerken zu müssen, daß hier nur auf solche Gründe für das Vorzugsrecht des Reichs-Hofrathes Rücksicht genommen worden sey, aus deren Prüfung sich in der That ein Nutzen ergeben durfte. Zu diesen gehörten die Behauptungen nicht, die sich auf Römische Gesetze, z. B. auf L. 3. pr. C. *ubi Senatores*, welche die beim PFEFFINGER, *Vitriar. illustrat.* Tom. III. S. 314. angegebenen Schriftsteller und BLUM, *Diss. de jud. cur. imp.* §. XXXVIII. anführen, oder auf Verordnungen der Reichsgesetze gründen, bei denen es durchaus unmöglich ist

nur einen Schein von Beweis zu finden. Das letztere schien dem Verfasser ins besondere bei den Gesetzstellen der Fall zu seyn, die offenbar weiter nichts zum Zweck haben, als die Appellationen an das Reichs - Cammergericht in Strafsachen zu verbieten, die aber dennoch, ob sie gleich nur auf *mittelbare*, nicht auf *unmittelbare* Personen Beziehung haben, von einigen bei der Entscheidung der hier behandelten Frage mit angeführt worden sind. Absichtlich ist daher von allen diesen geschwiegen worden. Man wird sich eben deswegen auch nicht wundern, daß man hier die Abhandlung: *Erörterung der Fra-*

ge, ob und in wie ferne dem
Kayserl. und Reichs-Cammer-
Gericht in Criminal-Sachen
eine Cognition zukomme in
 KOENIG, *Select. jur. publ. noviss.*
 Th. IX. Cap. II. S. 17. und Th. X.
 Cap. IV. S. 119. u. f. nicht ange-
 führt findet, denn sie bezieht sich
 gar nicht auf den hier in Frage
 stehenden Gegenstand, sondern
 geht bloß darauf, ob das Reichs-
 Cammergericht die Strafgerichts-
 barkeit in Beziehung auf *mittel-*
bare Reichsbürger habe, enthält
 also nichts weiter, als was schon
 CHRIST. THOMASUS in seiner be-
 kannten *kurtzen und deutlichen*
Deduction (Halle 1714.) und FR.
 CARL MOSER, in seinen *kleinen*

Schriften, zur Erläuterung des Staats- und Völkerrechts, B. VII. Nr. IV. S. 387. wovon in den Beyträgen zur Erört. der Frage: in wie weit ist die Gerichtsbarkeit des Kaisers über reichsständische Unterthanen und besonders ihre Beamten gegründet? (ohne Druckort) 1795. 4. ein neuer Abdruck geschehen ist, eben so ausführlich untersucht haben. Mehr Beiträge zur Beurtheilung des hier bearbeiteten Gegenstandes, liefern zwar die Schriften über Fälle, wo sich Reichsunmittelbare über andere Reichsunmittelbare eine Gerichtsbarkeit angemaasst haben, (auch in Beziehung auf Reichs-

unmittelbare *geistlichen* Standes, wovon die widerrechtliche Suspension des Reichs-Prälatens zu *Salmannsweiler* im J. 1761. in den *Select. jur. publ. noviss.* Th. XLIV. Cap. IX. S. 287. u. f. ein Beispiel giebt,) allein sie sind um des willen hier nicht erwähnt worden, weil die Zahl der angeführten Schriften ohnehin schon sehr stark war und der Verfasser nicht mit Citaten prangen, sondern nur auf die *unmittelbaren* Quellen verweisen wollte.

Die Gründe *für* das gleiche Recht des Reichs-Cammergerichts im zweiten Abschnitte, könnten beim flüchtigen Anblic-)

ke nicht ausführlich genug dargestellt scheinen. Der Verfasser muß daher bitten sie nur mit Rücksicht auf das zu beurtheilen was im ersten Abschnitte gesagt worden ist, denn mit diesem stehen sie in den genauesten Zusammenhange.

Strenge und (durch Angabe nicht benutzter Quellen, oder aus der Acht gelassener historischer Thatsachen) belehrende Critiken werden dem Verfasser von Herzen willkommen seyn, doch glaubt er auch auf Nachsicht rechnen zu dürfen, denn welche Schwierigkeiten die Bearbeitung dieser Materie gehabt habe, wie

vielseitige Kenntnisse sie erfordere, wobei der eine oder der andere Irrthum leicht möglich ist, das wird man aus dieser Schrift selbst am besten sehen können.
Leipzig, am 3. August. 1801.

Carl August Tittmann.

U e b e r s i c h t.

Einleitung.

Verschiedne Meynungen über das Recht des R. H. R.

u. R. C. G. — §. 1.

Von Verletzungen der *Dienstpflichten*, ist hier die Rede nicht — §. 2. S. 5.

Eben so wenig von der *Entscheidung* und *Vollstreckung* der Strafe. — §. 2. S. 8.

I. Gründe für das *Vorzugsrecht* des Reichs-Hofraths.

Uebergang. — §. 3.

I. *Historischer Grund*: in den ältesten Zeiten gehörten die Sachen der Vornehmsten des Reichs vor den König. — §. 4. S. 11. Mit der Bildung der Landeshoheit ward dieß noch mehr befestigt. — §. 5. S. 12. und durch die Hofgerichtsordn. von *Friedrich II.* gesetzlich — S. 17. der Kaiser entschied im *Fürstengerichte* — S. 19. welches auf den Reichs-Hofrath übergegangen ist. — §. 6. S. 21.

Widerlegung dieses Grundes. Uebergang — §. 7. *Friedrichs* Constitution ist kein gültiges Gesetz mehr — §. 8. S. 23. sie beweist nicht daß die Kaiser *allein* Recht sprachen — §. 9. S. 25. die Redensart: daß der Kaiser *selbst* richten wolle, war bloß *Formel* — S. 31. der Kaiser konnte also ein solches Vorzugsrecht dem R. H. R. nicht übertragen: — S. 37. Der R. H. R. ist nicht an die Stelle des Fürstengerichts getreten. — §. 10. S. 40.

II. Die Untersuchung in Landfriedensbruchsachen ist dem R. C. G. nur *als Ausnahme* überlassen worden: die Ausnahme begründet die Regel. — §. 11. S. 51.

Widerlegung dieses Grundes. §. 12. S. 52. Insbesondere hatte es seinen guten Grund, daß man vom Landfriedensbruche so genau sprach. — S. 56.

III. Aufser den Proceß gegen Landfriedensbruch, ist nichts von Strafproceß in der C. G. O. bestimmt. — §. 13. S. 60.

Widerlegung dieses Grundes. — §. 14. S. 60.

IV. Das Recht der Untersuchung ist dem R. C. G. ausdrücklich verboten: 1) im R. A. v. 1594. — §. 15. S. 65. Widerlegung dieser Meynung — S. 66. Interpretation jener Stelle des R. A. — S. 71. 2) in der Pfändungs-Constitution. — §. 16. S. 74. Widerlegung dieser Meynung. — S. 75.

Das R. C. G. hat kein *imperum merum*. — §. 17. S. 86. Widerlegung. — S. 87.

II. Gründe für das gleiche Recht des Reichs-Cammergerichts.

Im Allgemeinen. — §. 18. S. 89.

I. Es ist dem Zwecke des R. C. G. angemessen. — §. 19. S. 94. Nach *diesen* (nicht nach dem, was *ehedem* galt) muß entschieden werden. — §. 20. S. 107. 109.

II. Der R. H. R. hat keinen andern Zweck als das R. C. G. — §. 21. S. 110.

III. Dem R. C. G. sind mehrere Straffälle zur Untersuchung ausdrücklich übertragen. — §. 22. S. 112.

IV. Mehrere Gesetze sprechen für diese Meynung. — §. 23. S. 114.

Resultat. — §. 24. u. 25. S. 120.

Ueber die Behauptung
dafs die
U n t e r s u c h u n g
in
Strafsachen der Reichsunmittelbaren
dem
Reichs - Hofrathe
nicht dem
Reichs - Cammergerichte
z u s t e h e .

Ueber die Behandlung

U n t e r s u c h u n g

Stralsachen der Reichsunmittelbaren

Reichs-Hofrath

Reichs - Cammergericht

9 9 1 2 0 0

Ueber die Behauptung
dafs die
Untersuchung
in
Strafsachen der Reichsunmittelbaren
dem
Reichshofrathe
nicht dem
Reichscammergerichte
zustehe.

§. 1.

Es ist eine alte und fast allgemein herrschende Meynung, dafs die Untersuchung der Verbrechen der Reichsunmittelbaren in der Regel vor den Kaiserlichen Reichs-Hofrath und nicht vor das Reichs-Cammergericht gehöre. Das Reichs-Cammergericht, sagt man, habe blofs in Landfriedenbruchs-Sachen das Recht der Untersuchung, in andern Fällen dürfe es sich dasselbe nicht anmaassen. Nur einige wenige Gelehrte sind anderer Meynung, und auch diese ur-

theilen wieder auf ganz verschiedene Art. Einige nämlich, schreiben dem Reichs-Cammergerichte mit dem Reichshofrathe völlig *gleiche* Rechte zu, denn, sagen sie, beide höchste Reichsgerichte sind zu *gleichem Zwecke*, zur Verwaltung der Gerechtigkeit errichtet worden ¹⁾. Andere glauben, dieß Recht könne dem Reichs-Cammergerichte nur unter gewissen Umständen, z. B. wenn die *Austräge* nicht Statt finden könnten, zugeschrieben werden ²⁾. Noch andere endlich behaupten, daß keinem der beiden Reichsgerichte das Recht der Untersuchung der Verbrechen der Reichsunmittelbaren zugeschrieben werden könne, weil überhaupt in solchen Fällen die

1) Zu diesen gehört *Peter Denaisius*, Diss. de jure meri imperii in eos, qui Spirae constituti judicii cameralis corpore vel albo continentur. Heidelberg. 1601. *Heinrich Walbaum*, Concl. inaug. de jurisdictione camerae imperialis Spirensis et foro ejus competenti. Marburgi Catt. 1627. und *Jac. Lampadius*, de re publica Romano Germanica. P. III. Cap. XVI. Nr. 80. p. 221.

2) *Petr. Friderus*, de processibus mandatis et monitoriis in imperiali Camera u. s. w. Francof. 1597. Libr. I. Cap. IX. §. 1. S. 33. Vergl. auch *Jo. Wolfgang Textor*, ad Rec. Imp. de A. 1654. Altorfii 1668. Diss. I. thes. LXXII. und Diss. II. thes. LII.

Austräge Statt finden müßten 3). Allein für diese Meynungen sind in der That nur Einige. Der größte Theil der *Staatsrechtslehrer* sowohl 4), als der

3) *Jo. Limnaeus*, jus publ. Libr. IV. Cap. VIII. §. 103. S. 184. u. f. Libr. IX. Cap. V. §. 63. u. f. *Jo. Volkm. Bechmann*, Commentat. ad Auream Bullam. D. VI. Nr. 41. S. 157. u. f. und Andere. Die Gründe gegen diese Meynung findet man aufgeführt beim *Pfeffinger*, Vitriar. illustr. Tom. III. p. 315. a. (d. Ausg. v. 1731.)

4) Unter der zahllosen Menge hierher gehörender Schriftsteller, will ich hier nur die anführen, die ich selbst gelesen habe, auch die übergehe ich, die in ihren größeren Werken nur beiläufig diese Materie berührt haben und schon hinlänglich bekannt sind, wie z. B. *Deckherr*, *Gail*, *Heigius*, *Mynsinger*, *Reinking*, *Rumelinus*, *Stryck*, *von Uffenbach* u. s. w. Es gehört hierher:

Dominic. Arumaeus, (Resp. *Casp. Leopold*.) Decur. gemina quaest. jurid. — polit. de concurrentia jurisdictionis in imperio Romano-Germanico. Jenae 1613. Quaest. VII. steht in *Dessen Discurs. Academ.* Vol. I. Disc. V.

Jo. Andr. Gerhard, Discurs. de supremis in imperio R. judiciis aulico et Camerali, in quibus ea inter se differant vel convenient. Jenae 1664. Disc. I. Cap. I. §. 2. p. 16, Cap. II. §. 7. p. 21.

Ericus Mauriius, Exerc. jur. publ. de S. Caes. Maj. et Imperii judicio Aulico, Vom Kayserl. Reichs-Hof-Rath. Kilonii 1666. §. 13. u. 16.

Burkhard Bardili, Commentat. jur. cont. judicii imperialis aulici vulgo Kayserl. Reichs-Hof-

- Raths ideam**, Tubing. 1680. (2. Aufl. Tubing. 1742.) Cap. V. Sect. X §. 10 — 12. Steht auch in Dessen Vol. Disputatt jurid. Tubing 1685.
- Nic. Christoph. Lyncker**, Diss. causas judicium camerale fundantes. Jen. 1693. Cap. IV. §. 1. p. 41. u. f.
- Jo. a Schultz Szulecki**, Diss. de camera imperiali, cum judicio aulico non concurrente. Traj. ad Viadr. 1706. thes. 42. u. f.
- Jo. Dav. Guther**, Diss. de causis excelsiss. judicium imperiale aulicum fundantibus sine concurrentia cum judicio camerali. Altorfii 1711. (recus. ibid. 1752.) §. 14. — Er hat jedoch weiter nichts gethan als aus der angef. Diss. von *Bardili* wörtlich abgeschrieben.
- Henr. Balth. Blum**, Comment. jur. publ. de judicio curiae imperialis Germanico u. s. w. Francof. ad Moen. 1745. §. 30. 35. 38. 40. u. 41.
- de Cramer**, de jurisdictione Caesaris in causis criminalibus immediatorum in *Dessen Opusc.* Tom. IV. Nr. 23. S. 530. (leistet jedoch hierüber weit weniger, als sein Name erwarten läßt.)
- Jac. Blum**, Processus cameralis. Tit. XLIII. §. 6. u. f.
- Tafinger**, Inst. jurispr. cam. §. 393.
- Hanzely**, Anleitung zur neuesten Reichshofrathspraxis. §. 323.
- Herchenhahn**, Geschichte des Kaiserl. Reichshofraths. Th. II. S. 234. u. f.
- Mohl**, histor. polit. Vergleichung der beiden höchsten Reichsgerichte in ihren wichtigsten Verhältnissen. Ulm. 1789. §. 70. S. 442. u. f.
- Ebendesselben**, System der Gerichtsbarkeit des Kaisers und des Reichscammergerichts. Tübingen. 1791. Th. II. §. 176.
- Malblanc**, Anleitung zur Kenntniß der deut-

Strafrechtslehrer 5) vertheidigt die Vorrechte des Reichs-Hofraths gegen das Reichs-Cammergericht.

Es ist der Mühe werth ihre Gründe genauer zu untersuchen, wenn es auch nur darum seyn sollte, daß sie untersucht und dargestellt wären, denn zur practischen Anwendung dürfte die Gelegenheit ohnehin nur selten seyn.

§. 2.

Allein, zuvor ist noch eine genauere Bezeichnung des Gegenstandes des Streites nöthig, denn es finden sich hier in der That mehrere Puncte, die nicht mit einander verwechselt werden dürfen.

Zuerst muß bemerkt werden, daß hier von dem Falle gar nicht die Rede

schen Reichs- und Provincial Gerichts- und Kanzleyverfassung und Praxis, Th. IV. S. 73. u. f.

Danz, Grunds. des Reichsgerichtl. Processes. §. 54. (und in seinen *Grunds. des gem. ordentl. Processes*, §. 34. S. 89. d. 1sten Aufl.)

von Berg, Grundriß der reichsgerichtl. Verfassung und Praxis, §. 117.

5) M. s. *Meister*, Einleit. zur peinlichen Rechtsgelahrtheit in Teutschland. S. 5. 149. 343. u. 373. u. f. *Quistorp*, Grunds. des peinl. Rechts. Th. II. §. 558. u. 579. und *Georg Jac. Fr. Meister*, princ. jur. crim. §. 102. Vergl. meine *Grundlinien der Strafrechtswissenschaft und deutschen Strafgesetzkunde*, Leipz. 1800. §. 373.

sey, wo sich eine Reichsunmittelbare Person einer *Verletzung der Pflichten des Amtes schuldig macht*, das er bei einem andern Reichsunmittelbaren verwaltet. Dieser Fall nämlich, giebt eine ganz eigne Ansicht. Denn wenn ein Reichsunmittelbarer in Dienste eines andern tritt, so geht er mit diesem einen Vertrag ein, vermöge dessen er die Leistung desselben auf dieselbe Art verspricht, wie jeder andere Bürger des Staates. Das Amt das ihm hier übertragen wird, kann ihm auch nur unter dieser Bedingung anvertraut werden, denn die höchste Gewalt im Staate hat nothwendig dahin zu sehen, daß die Staatsdienste *treu und geschickt* geleistet werden; sie kann also nur unter der Bedingung, daß sie über die treue und geschickte Verwaltung sicher gestellt ist, Aemter *auftragen*. Diese Sicherstellung ist mithin *Nothwendigkeit*: der, der das Amt *aufträgt*, muß sie *fordern*, der, der es *übernimmt*, muß sie *leisten*. Unzertrennlich ist hiermit auf Seiten des Auftragenden das Recht verbunden, über die Art der Verwaltung des aufgetragenen Amtes zu wachen und mittelst innehabender Macht die Erfüllung der versprochenen Treue wirklich

zu machen. Jeder Reichsunmittelbare also der sich in Dienste eines andern begiebt, wird *in Beziehung auf diese Dienste* Staatsbürger (Unterthan,) er muß den, dem er sich zu Diensten verbunden hat, in dieser Beziehung ebenfalls als seinen *Richter* anerkennen, er sey auch selbst noch so mächtig. *Leyser* hat daher vollkommen Recht, wenn er ⁶⁾ behauptet, daß die Untersuchung der Vergehungen der Reichsunmittelbaren gegen die Pflichten übernommener Aemter, weder dem Reichs-Hofrathe noch dem Reichs-Cammergerichte, sondern einzig und allein *dem Reichsstande* selbst zugehöre, von dem jener die Verwaltung eines gewissen Amtes übernommen hat. Daß ein solcher Reichsunmittelbarer in Rücksicht anderer Handlun-

6) In seinen *Meditt. ad Pand. Spec.* LXXX. med. II. M. vergl. die Erläuterung zu *Leyser* bei *Meister*, Einleit. zur peinl. Rechtsgel. S. 7. u. 368. und was *Lyncker*, de libertate statuum imperii Sect. II. §. 5. gegen *Fürstenerius*, der in seiner Schrift: *de jure suprematus ac legationis principum Imperii* Cap. XII. das Gegentheil behauptet, gesagt hat. — Die Gesetze, auf die sich *Nic. Hertius*, de subjectione territoriali §. IX. in seinen *Opusc.* Vol. I. Tom. II. S. 268. beruft, reden von dem Falle eines übernommenen Amtes gar nicht, gehören also auch nicht hierher.

gen, die sich auf ein übernommenes Amt nicht beziehen, dem Reichsstande, dem er dient nicht unterworfen sey, ist ohne weiteres klar.

Ferner, auch davon ist hier die Rede nicht, ob und in wie fern den beiden höchsten Reichsgerichten das Recht der *Entscheidung* und *Vollstreckung der Strafe* selbst zustehe. Auch kann hierüber eigentlich nur in Rücksicht einiger Strafen ein Streit entstehen, denn was die *Reichsacht*, und die *Suspension von Sitz und Stimme auf dem Reichstage*, oder von der *Landesregierung* betrifft, so ist ausdrücklich durch die Gesetze 7) bestimmt, daß sie nicht anders festgesetzt werden können, als nur auf dem Reichstage, wo eine Reichsdeputation, die aus Ständen beiderlei Religion und aus den drei Reichscollegien in gleicher Anzahl bestehen muß, ein Gutachten abfaßt, dasselbe an gesammte Churfürsten und Stände zu einem endlichen Schlusse schickt, welcher dann noch dem Kaiser zur Bestätigung vorgelegt werden muß 8). In Rücksicht

7) O. F. S. art. VIII. §. 3. Best. W. C. u. v. 1711.
art. XX. §. 2. 3. 4. u. 10. W. C. v. 1658. u. 1742.
art. I. §. 3. u. 4.

8) Vergl. *Ludov. Bernh. de Zech*, Diss. de

der übrigen Strafen, ist freilich kein ausdrückliches Gesetz vorhanden, allein dieß kann uns hier um deswillen nicht interessiren, weil überhaupt die Streitfrage über das Vorzugsrecht des Reichs-Hofrathes vor dem Reichs-Cammergerichte, ohne alle Beziehung auf die Frage: wer die Strafe selbst zu bestimmen habe, Statt findet.

proscriptione statuum Imp. R. G. ad illustrat. Art. XX. Capit. Carolinae. Lips. 1735. §. 8 — 10. *Meister*, Einleit. zur peincl. Rechtsgel. S. 8 — 10. u. 379 — 382. *Quistorp*, Grunds. d. peincl. R. §. 579. *Pütter*, Inst. jur. publ. §. 245. u. 303. *Eben-*
desselben, Entwicklung d. heut. Staatsverfassung des deutschen Reichs. Th. III. S. 236. und *Malblanc*, Anleit. zur Kenntniß der deutsch. Reichs- und Provincial-Gerichtsverfassung und Praxis. Th. IV. S. 154. u. f.

I.

Darstellung und Prüfung der Gründe aus denen dem Reichs-Hofrathe das Recht der Untersuchung in Strafsachen der Reichsunmittelbaren ausschliessend zugesprochen wird.

§. 3.

Die Gründe *für* das Vorzugsrecht des Reichs-Hofrathes vor dem Cammergerichte bei Untersuchung der Strafsachen der Reichsunmittelbaren, sind theils auf die Geschichte, theils auf einige Verordnungen der Gesetze gebaut. Ich mache mit jenen den Anfang, und stelle sie insgesamt ausführlicher und genauer dar, als diess selbst von den Vertheidigern jener Meynung geschehen ist. Denn in der That, es haben zwar *viele*, aber diese vielen nicht *viel* hierüber gesprochen. Dafs hier vielleicht jene Gründe in ein helleres Licht gesetzt werden und die Entscheidung selbst dadurch schwerer gemacht werde, brauche ich nicht zu fürchten, denn mir gilt es hier blofs um die Wahrheit: ob die Entscheidung so oder so, für den Reichs-Hofrath oder für das Reichs-Cammergericht ausfalle, ist und kann *mir* ganz gleichgültig seyn:

ich rede bloß als Gelehrter den seine Bestimmung zur Untersuchung rechtlicher Materien führt, der mithin auch ganz partheilos ist und für jedes der höchsten Reichsgerichte *gleiche* Hochachtung fühlt.

§. 4.

I) Von den ältesten Zeiten her kann man sagen, hatten die Könige der Deutschen eine ganz vorzügliche Einwirkung auf die Entscheidung solcher Rechtsfälle, die entweder Todesstrafen nach sich zogen, oder welche die Vornehmsten des Reichs betrafen ⁹⁾. Die Strafgerichts-

9) *Capit. Reg. Francor.* Libr. III. Cap. LXXVII. Ut Episcopi, Abbates, Comites et potentiores quique, si causam inter se habuerint, ac se pacificare noluerint, ad nostram jubeantur venire praesentiam; neque illorum contentio aliubi dijudicetur, nec propter hoc pauperum et minus potentium justitias remaneant. Neque ullus Comes palatii nostri potentiorum causas sine nostra jussione finire praesumat, sed tantum ad pauperum et minus potentium justitias faciendas sibi sciat esse vacandum. *Capit.* Libr. VII. Cap. CLXX. Si in majoribus personis crimen objectum fuerit, Principis est expectanda sententia. beim *Georgisch*, Corp. jur. Germ. ant. S. 1363. u. 1651. Vergl. auch *L. Bajuvarior.* Tit. II. cap. VIII. *L. Wisigothor.* Libr. II. Tit. V. Cap. VIII. beim *Georgisch* a. a. O. S. 268. u. 1906. *Hincmari Rhemensis* epistola de ordine et officio palatii sub

barkeit nämlich, oder der Blutbann, ward für das vorzüglichste Zeichen der höchsten Gewalt gehalten, und die Befugnisse der angesetzten Richter waren durch ausdrückliche Gesetze so weit beschränkt, als es der Zweck der Könige, in dem Besitze jener Gewalt zu seyn, verlangte ¹⁰⁾.

§. 5.

Als in der Folge der Zeit die Herzoge und Grafen immer mehr und mehr Gewalt erhielten, zu der sie theils selbst den Weg zu finden wußten, theils durch das Verfahren der Könige selbst gelangten, weil diese mit Exemtionen und Privile-

Carolo M. Cap. 21. bei *Drümel*, Corp. leg. et consuet. S. 157. und *Gregor*, Turon. Libr. V. Cap. 19. Libr. VI. Cap. 46. Einige Beispiele von Entscheidungen der Könige aus den damaligen Zeiten findet man bei *Nic. Hertius*, Notitia regni Francorum veteris u. s. w. Cap. V. §. 36. u. 52. in Dessen Opusc. Vol. II. S. 258. u. 267.

10) Die Belege hierzu sind überall in den alten Gesetzen oder Capitularien zu finden: m. s. *Georgisch*, S. 767. 1356. 1364. 1384. 1877. 1880. Bei Sachen, über deren Verhandlung keine ausdrückliche Vorschrift vorhanden war, mußte Bericht an den König erstattet werden. *Franc. de Roye*, de missis dominicis. Sect. I. Cap. XV. S. 67. u. f. Vergl. *Wilh. Gottlieb Tafinger* (praes. *Hofaker*) Diss. de origine judiciorum curiae imperialis u. s. w. Tübing. 1783. §. V. u. VI.

gien ihre Freundschaft in jenen stets so unruhigen Zeiten zu suchen für nöthig fanden: als sie sogar in den vollen Besitz der Landeshoheit gelangten, und die Strafgerichtsbarkeit, die sie vorher *nur im Namen der Könige* ausübten ¹¹⁾, als einen Theil ihrer Landeshoheit betrachteten ¹²⁾, da ward zwar die Strafgerichtsbarkeit der Könige in Rücksicht der *Untertanen* jedes Herzogs oder Grafen, nicht aber in Rücksicht der *Herzoge oder Grafen selbst* beschränkt. Denn zu geschweigen daß der Grundsatz: *dem Kaiser stehe die Ausübung der Gerechtigkeitspflege an allen Orten zu, wo er*

11) Vergl. *Marculfi* Formulae Libr. I. cap. VIII. u. XXV. S. 18. u. 33. (d. Ausg. Paris 1665.)

12) *Schaten*, Annales Paderborn. A. 913. Hactenus duces omnes atque comites temporaneo caesarum ac regum beneficio imperitabant. Postquam vero cum Ludovico rege extincta Caroli M. stirps: singuli prope duces eas, quas tenebant, provincias sibi hereditarias suprema principum potestate vindicare coeperunt. Vergl. *Lehmann*, Speier. Chronik. II. B. 47. Cap. S. 177. *von Ludewig*, Germania princeps postcarolingica sub Conrado I. Cap. IV. §. 4. in dessen *Opusc. miscell.* Th. II. S. 233. u. f. *Struben*, Nebenstunden Th. IV. Nr. XXII. §. 14. u. 22. S. 39. u. 62. *Pütter*, Beitr. zum teutschen Staats- und Fürstenrechte. Th. I. Nr. VI. S. 107. vorzügl. §. 6 — 18. und *Mascov*, princ. jur. publ. Rom. Germ. S. 212. §. 8. u. 9.

persönlich hinkomme, noch in den späteren Zeiten zur Anwendung gebracht ward ¹³⁾; so traten wieder andere Um-

¹³⁾ Hiervon zeugen die Worte des *Sachsenspiegels*, I. B. 58. Art. »Also ist des Grafen Geding, wenn der König kömt, in seiner Grafschaft niedergelegt, da sie beyde gegenwärtig sind. Also ist auch um eines jeglichen Richters Geding, da der König gegenwärtig ist, die Klage gehe denn auf den König:« und des *Schwabenspiegels*, Cap. XXXIV. »In welche Stadt der König komt, die in dem Reich liegt, das ist dieweil und er darinnen liegt, die Münz der Zoll und das Gericht ist sein.« Vergl. *Guden*, Cod. diplom. T. I. S. 417. *Hauschild*, Gerichtsverfassung der Deutschen. S. 155. *von Günderode*, Abhandl. von der Staatsverfassung des deutschen Reichs unter Otto I. Frankf. u. Leipz. 1775. S. 77. u. 139. *Ebendesselben* Erläut. zur Geschichte des deutschen Städteadels: in seinen *sämmtlichen Werken* B. I. S. 463. *Pütter*, in s. Beitr. z. t. Staats. und Fürstenrechte Th. I. Nr. XIV. S. 217. u. f. und *Biener*, Diss. de jurisdictione ordinaria et exempta. Lips. 1777. Cap. I. §. 4 — 9. — Daher sind auch Beispiele nichts ungewöhnliches wo der Kaiser besondere Blutrichter in einzelnen Ländern ansetzte, oder den Regenten derselben das Recht Blutrichter zu ernennen ertheilte. So erhielt das Kloster zu *Altenburg* von Kaiser *Friedrich* dem I. im J. 1172 ein „judicium non tantum sanguinolentae plagae, sed vitae et mortis.“ Vergl. *Menken*, Script. rer. German. Vol. III. S. 1067. Andere Beispiele führt *Datt*, de pace Imp. publ. S. 734. an. Die Befreiungen die die Kaiser den geistlichen Fürsten ertheilten (*Lünig*, Reichsarchiv. Th. XVI. S. 392. *Guden*,

stände ein, die der Gewalt der Kaiser bei der Gerechtigkeitspflege eine neue Stütze gaben. Je mehr nämlich in dieser Zeit die Gewalt und das Ansehen der deutschen Fürsten stieg, desto mehr ward es auch zur Nothwendigkeit daß ihre Angelegenheiten ebenfalls *von einem durch Gewalt und Ansehen mächtigen Richter* entschieden würden. Daher kam es denn auch daß die deutschen Fürsten den Kaiser gern als ihren Richter anerkannten und die Geschichte liefert von der Gerichtsverwaltung der Kaiser Beispiele in Menge ¹⁴⁾. Ja man machte

Cod. Diplom. T. I. S. 903.) und die nachher auch weltliche Fürsten auf sich bezogen (*Herchenhahn*, Geschichte des Reichshofraths Th. I. S. 350. u. 384.) so wie auch der Umstand, daß die Kaiser an manche Orte gar nicht kamen (wie z. B. das Beispiel *Wenzels* lehrt, bei dem man die geringe Sorgfalt für die Ausübung seiner Gerichtsbarkeit, als Grund zu seiner Absetzung angab: m. s. das Urtheil der Churfürsten in d. *Actis depositionis Wenceslai et electionis Ruperti*. Jen. 1754. P. I. vergl. *Lehmann*, Speier. Chron. S. 733. u. f.) hoben den Gebrauch dieses Grundsatzes nach und nach auf. Vergl. *Klüber*, Geschichte der Gerichtslehen. Erlangen 1785. S. 47. 63. vorzügl. S. 85. u. f.

¹⁴⁾ Von *Ludwig*, *Heinrich* den II, und *Otto* den Großen, die in Person richteten, s. m. *Annal. Francof.* ad. A. 852. *Autor vitae Mathildis*. S.

die Ausübung der Gerichtsbarkeit dem Kaiser sogar zur Pflicht, wie dieß das Beispiel *Heinrichs* des VII. lehrt, der auf dem Reichstage zu Frankfurt im J. 1234. den Ständen wenigstens viermal in jedem Monat zu Gericht zu sitzen versprechen mußte ¹⁵⁾. Den Kaisern selbst mußte an der Beibehaltung dieser Gewalt ebenfalls sehr viel gelegen seyn. Als sie daher in der Folge der Zeit, ihrer Reisen, insbesondere ihrer Abwesenheit von Deutschland wegen, ein *Hofgericht*, durch welches des Kaisers Ge-

95. *Charta Ottonis I.* bei *Hontheim*, histor. Trevir. diplom. Tom. I. Nr. CLXI. Andere Beispiele s. m. bei *Fürstenerius* von des Kayserl. Cammer - Gerichts - Jurisdiction. S. 187. u. 190. u. f. *Struben*, Unterricht von Regierungs - und Justizsachen. S. 3 — 5. *Herchenhahn*, Geschichte des Reichshofraths. Th. I. S. 296. u. f. und bei *Jac. Gottl. Sieber*, Abhandl. von der Macht der Reichsstände und Gerichtsherrn Selbst Recht zu sprechen. Göttingen 1773. §. 25.

15) *Alberici Chron.* ad. A. 1234. S. 548. „*Ecce in manus Principum promissimus, quod in quolibet mense, ubicunque in Imperio fuerimus, quatuor diebus ad minus personaliter volumus iudicio publico praesidere.*“ Von ihm geschah auch die merkwürdige Verurtheilung Herzogs *Johann's von Oestreich* des Mörders Kaiser *Albrechts* des I. im J. 1309. M. s. *Hergott*, Genealog. Habsburg. Tom. II. S. 592.

richtsbarkeit ausgeübt werden sollte, anzulegen genöthigt waren; so behielten sie die wichtigsten Fälle ihrer eignen Entscheidung ausdrücklich vor. Die Instructionen, die sie den Hofrichtern über die Führung ihres Amtes gaben, enthalten hiervon redende Beweise. Besonders zeichnet sich unter diesen die *Constitution* die *Friedrich* der II. zu Mainz im J. 1235. gab, aus. Sie untersagt dem Hofrichter ausdrücklich, sich nicht das Recht anzumaassen über Vergehungen der Fürsten zu richten. „Wir setzen auch, air, heilst es daselbst ¹⁶⁾, daß der Richez hof hab einen Hofrichter der ein fri man si der sol auch an dem Ampt ze dem minsten ain Jar beliben ob er sich recht und wol behaltet der sol alle tag ze Gericht sitzen aun die Sunnentag und aun die Hailigentag und soll den Luten richten die im clegnunt von allen Luten aun Fürsten und ander hoe laut

16) Die Worte dieser Constitution, sind aus dem *Senckenbergischen* nach einem Manuscripte verbesserten Abdrucke in seinen *Meditatt. de universo jure et historia*. Giessen 1740. Fasc. II. Med. IV. de sigillis judiciorum curiae imperialis aulicae usque ad Maximilianum I. S. 351. genommen. Denn die Lesart *Goldast's*, der diese Constitution zuerst in seinen *Reichssatzungen* Th. II. Cap. XXIV. S. 20. u. f. bekannt machte, ist offenbar unrichtig.

swa ez in gat an ir Lip oder an ir Erb
oder an ir recht oder an ir Lehen¹⁷⁾ da wolz
len wir selb rihten.“ *Rudolph* der I.¹⁸⁾
*Adolph*¹⁹⁾ und *Albert* der I.²⁰⁾ be-
stätigten diese Constitution ausdrücklich,
oder liessen sie vielmehr von Wort zu
Wort von neuem publiciren. Im *Sach-
senspiegel*²¹⁾ wird dem Kaiser dasselbe
Recht zugeschrieben: „Over der Borsten
Inff, heist es, oder ore Gesunt, moth Nie-
man Richtere syn, wenne de Koning.“ Eben
so drückt sich auch der *Schwabenspie-
gel*²²⁾ aus: „Über der Fürsten Leib und ihre

17) Zu dieser Stelle setzt *Senckenberg*, in der
Vorrede zu seinen *Disquisitiones tres de judiciis
principum, Palatini in Caesarem, et recursu ad
comitia*. Francof. et Lips. 1745 §. 11. S. 16. und
in seinem *Corp. jur. feud.* S. 782. (d. 2. Aufl.)
noch die Worte „oder an ander Sach“ hinzu, al-
lein mit Unrecht, wie dies *Blum* in der angef.
Diss. de judicio curiae imperial. Germ. §. XXX.
Not. a. S. 59. sehr gründlich zeigt.

18) Bei *Lehmann*, Speier. Chron. V. B. 108. Cap.
S. 557. und *Pfeffinger*, Vitriar. illustr. T. III.
Libr. III. Tit. II. S. 312.

19) Bei *Blum*, in der angef. Diss. §. V. u. Not. f.

20) Bei *Goldast*, a. a. O. Th. II. S. 27. *Pfeff-
finger*, a. a. O. und *Senckenberg*, *Corp.
jur. feud.* S. 775. u. f.

21) Im III. B. 52. Art. bei *Pfeffinger*, a. a. O.

22) Im XXIV. Cap. bei *Goldast*, a. a. O. Th. I.
S. 37.

Gesund, soll Niemand Richter seyn, ee wann der König.“ Der Kaiser war also ausschliessend Richter über Vergehungen der deutschen Fürsten, und wie sehr man hierüber gehalten habe, davon zeugen die Urkunden aus jenen Zeiten. Stets schrieben sich die Kaiser dieß Recht in ihren Veordnungen oder Briefen zu ²³⁾ und öfters gestanden ihnen selbst die Fürsten dasselbe ohne allen Vorbehalt ein ²⁴⁾. Wenn nun dergleichen Fälle dem Kaiser zur Entscheidung vorgelegt wurden, so war es gewöhnlich daß der Kaiser mehrere andere deutsche Fürsten zusammenriefte, sie um ihre Meynung befragte, und darnach die Entscheidung selbst ertheilen ließ ²⁵⁾. Dieß nannte

²³⁾ Kaiser *Sigismund* z. B. eignet sich dieß Recht unter dem Namen eines *Dieners der Gerechtigkeit* in einem Schreiben an die Stände v. J. 1434. zu. M. s. *Lünig*, Cod. jur. feudal. T. I. S. 61. u. f.

²⁴⁾ Landgraf *Wilhelm v. Hessen* sagt in einem Briefe v. J. 1454. „so mag man das bringen an unsern allergnedigsten Kayser, der unser natürlicher oberster Erbher und geordneter Richter ist.“ M. s. *Müller*, Reichstagstheater. Th. II. Vorst. I. S. 501. Vergl. auch *Cramer*, Opusc. Tom. IV. S. 531. Mehreres hiervon wird noch weiter unten §. 18. vorkommen.

²⁵⁾ Die Geschichte ist voll von Beispielen. M. s. um nur einige anzuführen *Luitbrand* historia Libr.

man das *Fürstengericht*, dessen Einrichtung jedoch viel zu bekannt ist,

II. Cap. 3. S. 103. und *Rhegino Chron.* ad A. 905. S. 73. wo die Verurtheilung Graf *Adelbert's* so beschrieben wird: „*Adelbertus omnium decreto secundum priscorum instituta Regum, majestatis reus adjudicatus, capite truncatur.*“ und „*Adelbertus omnibus adjudicantibus capitalem sententiam suscepit.*“ *Rhegino* beschreibt auch a. d. a. O. die Verurtheilung des Grafen *Matfrid's*: „*Rex Mediomatricum venit, ibique in publico conventu Gerhardum atque Matfridum proscriptione damnavit.*“ *Tassilo's*, Absetzung geschah eben so, m. s. *Schilter*, *Script. Rer. Germ.* S. 54. Gegen *Carl's* des Dicken Gemalin, *Richardis*, ward auf gleiche Art verfahren: *Annal. Fuldens.* z. J. 887. *Heinrichs* des Stolzen Verurtheilung geschah zu Augsburg und Würzburg im J. 1137. in Versammlung der Stände. *Otto Frisingensis Chron.* Libr. VII. Cap. XXII. auch so die Verurtheilung *Heinrichs* des Löwen: m. s. *Ohlenschläger* Erläut. der G. B. im Urkundenbuche: Nr. XXIV. S. 67. u. f. Kaiser *Heinrich* der VII. sprach das Urtheil gegen Herzog *Johann* von Oestreich, *Rudolph* von Wart u. s. w. im J. 1309. „mit Rechte und gesammter Urtheil.“ m. s. *Hergott*, *Geneal. Habsburg.* Tom. II. S. 592. u. f. In Kaiser *Carl's* des IV. Citation an Herzog *Rudolph* von Oestreich im J. 1361. bei *Glassey*, *Anecd.* Nr. 448. heisst es: „Daz du für uns und die Kurfürsten des Reichs künest gen Nuremberg, drey Wochen nach Ostern die scheinist kumpftig sein und dich verantwortest umb alle sachen.“ M. vergl. *Ludewig*, in den Noten z. s.

als daß sie hier genauer beschrieben zu werden brauchte ²⁶⁾).

§. 6.

Als nun aber in der Folge die beiden höchsten Reichsgerichte, das *Cammergericht* und der *Reichs-Hofrath* errichtet worden waren, und die Gerichtsverfassung im deutschen Reiche eine ganz neue Gestalt bekommen hatte, da kam das *Fürstengericht* nach und nach außer allen Gebrauch ²⁷⁾ und an

Cod. LL. Normanic. Cap. 51. n. 40. und Reliq. Mscr. T. VII. S. 388. Conring, de Imp. Germ. republ. acroamata. Acroam. VI. S. 206. (d. Ausg. Ebroduni 1655.) Herchenhahn, Gesch. des Reichs-Hofrathes. Th. I. S. 86. 150. 295 u. a. m. O. vorzüglich Estor, de iudicio principum. §. 184 — 189. 191. 195. u. 222.

26) Vergl. *Harpprecht*, im Staatsarchive. Th. I. S. 86. und *Joh. Georg Estor*, Libell. de iudicio principum fundamento et radice provocationis vulgo recursus ad Comitiam. Jen. 1741. Beispiele gehaltener Fürstengerichte findet man unter andern bei *Glasfey*, Anecd. S. 446. u. f. und bei *Blum*, in der angef. Diss. §. XXXV. S. 73. u. f. angeführt.

27) Von dem Grunde des Verfalles des Fürstengerichts handelt *Estor*, a. a. O. §. 224 — 271. *Herchenhahn*, Geschichte des Reichs-Hofraths Th. I. S. 406. u. f. ausführlich. Vergl. *Conring*, de iud. republ. Germ. §. 57. Man sagt, daß das Fürstengericht in den *O. F. S. Art. V. §. 55.* stillschweigend aufgegeben worden sey, denn hier werde es

dessen Stelle trat nun der *Reichs-Hof-rath*. Dieß mußte nothwendig die Folge nach sich ziehen, daß die Fälle, deren Entscheidung sonst im Fürstengerichte der Kaiserlichen Prüfung vorgelegt werden mußten, nun dem Reichs-Hofrathe angehörig wurden, daß ins besondere also auch die Verbrechen der Reichsstände, im Fall sich solche ereignet haben sollten, dem Reichs-Hofrathe und nicht dem Reichs-Cammergerichte zur Untersuchung zustehen müssen.

§. 7.

Diese Deduction des Vorzugsrechtes des Reichs-Hofrathes vor dem Reichs-

als Regel aufgestellt, daß der Proceß der Cammergerichtsordnung gemäß auch bei dem Reichs-Hofrathe geführt werden soll, und nur als Ausnahme folgt der Zusatz: „*liberumque sit Suae Majestati in causis majoribus — insuper etiam quorundam utriusque Religionis Electorum et Principum sententias et vota requirere.*“ bei *Schmauss*, Corp. jur. publ. acad. S. 773. Das Gegentheil behauptet *Schilter*, inst. jur. publ. Libr. IV. Tit. V. §. 3. S. 363. *Estor*, a. a. O. §. 272 — 284. Vergl. aber *Jo Jac. Mascov*, de paribus curiae §. 24. S. 42. *Pütter*, histor. Entwick. der heut. Staatsverfassung des teutschen Reichs. Th. II. S. 111. *Ebendesselben* Geist des Westphäl. Friedens S. 523. und *Berg*, Grundr. der reichsgerichtl. Verfassung. S. 37.

Cammergerichte bei Untersuchung der Verbrechen der Reichsunmittelbaren, enthält wie man sieht, drei Voraussetzungen:

erstens, *dass die Constitution Friedrichs des II. ein vollkommen gültiges Gesetz sey:*

zweitens, *dass dem Kaiser die Strafgerichtsbarkeit in jenen Fällen allein zugestanden habe, und dass es von seiner freien Willkühr abhängig gewesen sey auf wen er nur seine Gewalt übertragen wollte:*

drittens, *dass die Strafgerichtsbarkeit des Kaisers auf den Reichs-Hofrath übergegangen sey.*

Die Geschichte muß für die Gültigkeit dieser Voraussetzungen sprechen, wenn das Gefolgerte selbst Gültigkeit haben soll.

§. 8.

Zuerst der Meynung, dass *Friedrichs des II. Constitution* ein vollkommen gültiges Gesetz sey, steht der Umstand entgegen, dass sich ein Wechsel in der Lage der Gerichtsverfassung Deutschlands zugetragen hat, bei dem jene Constitution durchaus nicht mehr zur Norm für eine Bestimmung rechtli-

cher Zweifel angenommen werden kann. Mit der Errichtung der beiden höchsten Reichsgerichte nämlich, ist eine ganz neue Gerichtsverfassung geschaffen worden. Mannigfaltige Veränderungen in Rücksicht der Staatsverfassung überhaupt und in Rücksicht der Art rechtliche Entscheidungen zu geben waren ihr schon vorangegangen und machten diese unumgänglich nothwendig. *Friedrichs* des II. Constitution und die übrigen oben angeführten Verordnungen passen demnach auf die heutige Verfassung gar nicht mehr, eben weil sie unter Voraussetzung einer Verfassung festgesetzt wurden, die nun nicht mehr vorhanden ist ²⁸⁾. Sie können daher auch zu weiter nichts andern dienen, als zum historischen Beweise, daß der Kaiser bei der Untersuchung der Verbrechen der Reichsunmittelbaren *damals*, als sie gegeben wurden, eine ganz vorzügliche Gewalt gehabt habe: daß dieß *auch jetzt noch* der Fall seyn solle, kann aus ihnen nicht gefolgert werden ²⁹⁾.

28) Die Beweise für alle diese Behauptungen findet man unten §. 18. u. 20.

29) Die *Richtigkeit* der Constitution *Friedrichs* des II. an sich, wird hier als unbezweifelt angenommen. — Der Verdacht in den sich *Goldast*,

§. 9.

Zweitens, was beweist denn eigentlich die Constitution *Friedrichs* des

der diese Constitution zuerst (in seinen *Reichssatzungen*, Th. II. S. 17. Cap. 24.) abdrucken liefs, durch mehrere falsche Urkunden gesetzt hatte, (welches mehrere Gelehrte, unter andern *Heinr. Gottl. Francke*, in der Vorrede zu *Joh. Wilh. Hoffmann* und *Heinr. Oberkamp* de re diplomatica lucubrationes. Lips. 1758. S. VIII. gerügt haben, vergl. *Fr. Wilh. Ant. Layriz*, Diss. exhibens observationes de auctoritate diplomatum ex archivo depromptorum eorumque in juris scientia usu. Altorfii 1796. §. XVII. S. 26.) veranlafste die Zweifel gegen die Richtigkeit dieser Constitution. M. s. *Friedr. Jac. Beyschlag*, histor. Erläut. des bekannten Problematismus: Ob unter der Regierung Kayser Friedrichs II. — im J. 1235. der Reichs-Abschied zum erstenmahl in deutscher Sprache abgefafst und publicirt worden sey u. s. w. [Nürnberg 1735. fol. *Eben- desselben* Collectio epistolarum de Epocha linguae Germanicae in constitutionibus imperii publicis u. s. w. Norimb. 1738. fol. — Allein *Gatterer's* Gründe, die er in seiner Comment. de epocha linguae theotiscaae in publicis Imperii constitutionibus; in den *Commentatt. Regiae societatis Göttingensis*. Vol. III. v. J. 1780. für die Richtigkeit jener Constitution aufstellt, sind offenbar überwiegend, und werden durch *Gottfriedus monach*, Zeugnisse das er in seinen Annalen bei *Freher* Scriptor. Rer. Germ. Tom. I. S. 400. (d. Ausg. v. *Struv*) giebt, bestätigt. „Anno 1235 curia celeberrima in assumptione B. Mariae apud Moguntiam indicitur, vbi fere omnibus principibus regni

II? Beweist sie denn, (worauf man vorzüglich baut,) daß der Kaiser *allein*, d. i. *ohne irgend jemandes Einwirkung* die Verbrechen der Reichsstände zu untersuchen und zu entscheiden berechtigt sey? In den Worten der Constitution *scheint* nur dieser Sinn zu liegen, denn die Worte: „das wollen wir *selbst* richten“ können allerdings auf diese Vermuthung führen. Allein wenn man die Geschichte zu Rathe zieht, so können sie nichts anders sagen wollen als: *der Hofrichter solle sich das Recht solche Fälle zu untersuchen nicht anmaassen, weil sie nur in dem Fürstengerichte, das der Kaiser selbst nebst andern Fürsten halte, untersucht werden könnten* 30). Es

Teutonici convenientibus pace juratur, vetera jura stabiliuntur, nova statuuntur, et Teutonico sermone in membrana scripta omnibus publicantur.“

Auch läßt sich wegen so vieler (zum Theil schon oben angegebener) Urkunden aus den damaligen Zeiten gar nicht läugnen, daß das, was jene Constitution enthält, *damals wirklich gegolten habe*.

M. vergl. übrigens über diesen Streit *Baring*, Clavis diplom. Sect. IV. S. 51. u. 57. (der neuest. Aufl.) und *Blum*, in der angef. Diss. §. IV. u. V.

30) So erklärt diese Worte schon *Grimm*, in den *Zusätzen zu der Hohentalischen Uebersetzung von Pütters Staatsrechte*. Th. II. §. 263. Zus. 2. S. 86.

ist nämlich schon oben durch Beispiele aus der Geschichte erwiesen worden, daß die Straffälle der Reichsunmittelbaren nur vor dem Fürstengerichte (oder wohl gar auf den Reichstagen) entschieden werden konnten ³¹⁾. Alle Urkunden aus jenen Zeiten, die von Processen gegen Reichsunmittelbare handeln, widersprechen der Behauptung, daß die Kaiser *allein* gerichtet hätten. Ja man sieht auch aus den Urkunden sehr deutlich, daß die Stände die Richtergewalt mit den Kaisern gemeinschaftlich gehabt haben müssen, nur daß dem Kaiser in so fern er in seiner Person die höchste Gewalt allein vereinigte, die die Reichsstände nur zusammen genommen besitzen, die Vorrechte eines *Directors* zugeschrieben wurden. Folgende Beispiele werden hier nicht am unrechten Orte stehen. Kaiser *Otto* der III. hielt mit den Reichsfürsten Gericht über den von den Mönchen verklagten Abt des Closters *St. Gallen*, und hier kostete es dem Kaiser die größte Mühe ihn von der Strenge des Rechts zu befreien, er mußte erst die Einwilligung der Fürsten dazu haben ³²⁾. In einem Urtheile v. J.

31) Vergl. oben Note 25.

32) *Burkhard*, de casibus monasterii St. Galli.

1160 sagt Kaiser *Friedrich* der I. ausdrücklich, daß er die Sache *mit Zuziehung der Fürsten* entschieden habe 33). Derselbe Kaiser gesteht bei einer andern Gelegenheit selbst ein, daß er nur *nach Rath der Reichsfürsten* entscheiden könne 34). Selbst wenn eine Sache durch Appellation an den Kaiser gieng, entschied der Kaiser nicht allein, sondern mit Zuziehung der Für-

„Et rex convocatis principibus astute eos praeveniens, his verbis ad ipsos usus est: scitis, dilectissimi, quantis regni negotiis nunc obligati tenemur, et, si accusationibus horum monachorum conquiescimus, non citius ad alia vacabimus. Et, si vobis placet, causam ipsorum, iudicio dimisso consilio tractemus.“

33) *Senckenberg*, Vorrede zu den Not. 17. angef. *Disquis. de iudicio principum* u. s. w. §. 14. S. 20. „auditisque sufficienter utriusque partis assertionibus, *ex Sententia omnium procerum sacri nostri palatii*, qui aderant *pragmatica sanctione* litem decidimus.“ Daß hier unter den *proceribus* Fürsten zu verstehen sind, ist keinem Zweifel unterworfen. M. s. die Erklärung des Wortes *proceres* bei *Estor*, *Commentarii de ministerialibus*. Argentorati. 1727. Cap. IX. §. 397. Vergl. auch *Philipp Cluver*, *Germania antiqua*. Libr. I. Cap. XLVI. S. 367.

34) *Goldast* Reichssatzungen, Th. III. S. 337. „Quamvis non ignorem, me ad tanta negotia, non ex animi mei sententia, *sed ex consilio principum respondere debere*.“

sten³⁵⁾. — Auch die meisten Schriftsteller sind hierüber einig³⁶⁾ und es lassen

35) M. s. *Senckenberg*, de sigill. jud. cur. imp. § 18. in *Dessen* angef. *Meditatt.* S. 370. „Ubi in causis restitutionis aut supplicationis ad Imperatorem recursus habebatur, *itidem is rem cum principibus* jure terminabat. Cognoscebat enim hoc casu Imperator cum Principibus suis de omnibus iis, quae iudex aulicus ordinaverat, et pro re nata, aut con — aut reformabat ad se devoluta.“ Vergl. *Eben-*
desselben Vorrede zu den *Disquis. de iudicio princ.* u. s. w. §. 13. S. 18 und *Geo. Lud. Boehmer*, Diss. de provocationibus juris Germanici. Hal. 1738. Cap. II. §. 3. S. 60. u. f.

36) Ausser den in der *Note 25.* angef. *Schriftstellern* s. m. *Conring*, de jud. reipubl. Germ. §. 48. „*Videtur* sagt er *in causis principum laicorum aliquid mansisse per omnia secula usque ad institutam Cameram Spirensen* pristini moris — *mansit scilicet illud, quod ejusmodi controversiae nunquam fuerint permissae unius regis iudicio, sed semper earum dijudicandarum potestas fuerit simul penes ordines*“ Eben dasselbe sagt *Lehmann* in d. *Speier. Chronik.* VII. B. Cap. 85. S. 809. „*Wann das Kayserl. Cammergericht, in der Ferne als Ungarn und Böhmen, wie sichs gebühret und geschehen sollte, mit Reichsfürsten und Ständen nicht besetzt gewesen, wurden die Reichsstände und Unterthanen Sachen daselbst nicht angenommen, sondern bis zu der Reichsversammlung verschoben, aus welcher Verlängerung oft Krieg und gross Unwesen erfolgte.*“ und *Eccard*, *Comment. de reb. Franc. oriental.* Libr. XIII. §. 27. „*In iudiciis solemnioribus, qui-*

sich die hierbei etwa möglichen Zweifel recht gut beseitigen.

Die Behauptung erstens, daß aller dieser Beispiele ungeachtet für die Einschränkung der Kaiserlichen Strafgerichtsbarkeit nichts bewiesen werden könne, weil es sich allerdings und recht gut denken lasse, daß ein Recht zu den Reservatrechten des Kaisers gehöre, ohne doch ganz frei zu seyn von gewissen Normen, nach denen es ausgeübt werden müsse ³⁷⁾, scheint um des willen die Probe nicht aushalten zu können, weil *die Norm, unter der das hier in Frage stehende Reservatrecht des Kaisers ausgeübt werden soll, das Wesen des Reservatrechts selbst aufhebt.* Denn wenn Die Entscheidung der Strafsachen der Reichsunmittelbaren nur in der Versammlung der Reichsfürsten und zwar nach dem Urtheile derselben gegeben werden konnte, welches die oben angeführten Stellen zur Genüge beweisen; so bleibt doch in der That von einem Re-

bus rex praesidebat, aderant cum ipso Episcopi, Optimatesque — pluresque alii fideles regni.“
Vergl. *Pfeffel, histoire d'Alemagne, à Paris, 1766, S. 221.*

37) Dieß behauptet *Häberlin*, Handbuch des deutschen Staatsrechts. Th. II, S. 305. u. f.

servatrechte nichts mehr übrig, eben weil das Wesen desselben hier in einer *eigenmächtigen* Entscheidung bestehen soll. Besser würde jene Behauptung hier passen, wenn der Kaiser die Entscheidung zwar eigenmächtig (ohne der Fürsten Stimmen zu hören,) aber nur im Beiseyn der Fürsten fällen, auch nur nach einer in ihrem Beiseyn geführten Untersuchung fällen gekonnt hätte. Denn hier würde die Materie des Reservatrechts vollkommen vorhanden gewesen seyn, nur ihre Form hätte eine Einschränkung gehabt 38).

Zweitens, da sich die Kaiser in jenen Stellen das Recht dergleichen Fälle *selbst zu richten* ausdrücklich und mit diesen Worten vorbehielten, kann hier nichts beweisen, wenn man nur die Geschichte genau zu Rathe ziehen will. Denn überhaupt mußten die Kaiser dergleichen Fälle von der Gerichtsbarkeit des Hofrichters ausnehmen, weil sie dem Grundsatz: *par parem judicat*, der in den Verhältnissen damaliger Zeiten tief gegründet lag, nicht entgegen handeln konnten. Ins besondere die

38) Was *Datt*, de pace imp. publ. S. 718. Nr. 176. 177. 178 u. 179. hierüber sagt, paßt aus Gründen, die weiter unten vorkommen werden, nicht hieher.

Bestimmung: der *Kaiser* wolle selbst richten, kann hier keine Schwierigkeiten verursachen. Der aufmerksame Untersucher der Regierungsverfassung damaliger Zeiten, wird sehr leicht durch die Geschichte auf die Vermuthung gebracht, daß jener Umstand hier nichts beweisen könne, auch wenn dieß ein anderer Schriftsteller nicht schon sehr gründlich erwiesen hätte ³⁹⁾. Alle und jede Verordnungen mußten *im Namen* der Kaiser gegeben werden, das Band, das damals den Kaiser und Reich umschlang, war fest genug geknüpft, und es bedurfte also bei Ausfertigungen über Dinge die der Kaiser und die Stände *gemeinschaftlich* besorgt hatten, oder besorgen wollten, keiner besondern Bemerkung von wem sie herrührten. Der Name des Kaisers über oder unter jeder Verordnung, drückte es genug aus, daß auch die Stände dabei mitgewirkt hatten ⁴⁰⁾. Wenn also gesagt wird der

³⁹⁾ (von Burgsdorf,) in seiner sehr schönen Abhandlung: *Ueber die Frage: ob die Stände vor Errichtung des Cammergerichts Antheil an der deutschen Gerichtbarkeit gehabt?* 1769. §. 10—12. S. 26. u. f.

⁴⁰⁾ Daher sagt Senckenberg, in der Vorrede zu den angef. Disquis. §. 13. S. 18., „Unde etiam per

Kaiser wolle in diesen Fällen selbst richten, so ist dieß nur so zu verstehen daß hierzu der *Name* des Kaisers genommen ward in so fern man ihn als Oberhaupt betrachtete. Dieß wird noch klärer, wenn man bedenkt, daß die Gesetze nur mit Zuziehung und Beistimmung der Stände gegeben werden konnten, und daß sie dennoch *als von dem Kaiser allein gegeben* ausgefertigt wurden. Ich übergehe ältere Beispiele und führe nur einige neuere an. So ist z. B. der Friedebrief Kaiser *Friedrich's* des I. v. J. 1187 ganz in seinem Namen ausgestellt, auch die vom *Kaiser* gegebene Bestimmung ganz besonders ausgehoben und gleichwohl lehrt Inhalt und Unterschrift desselben sehr deutlich wie gleich die Gewalt der Stände hierbei gewesen sey ⁴¹⁾. Selbst jene Constitution *Fried-*

se intelligitur, si quid in aevo medio, per Imperatorem sui solius cognitioni reservetur, tamen subintelligendos esse aut Electores, aut cum iis Principes, aut omnes Status per quos determinatio facienda.

41) Es heißt daselbst: „— ea quae de conscientia et consilio principum, et aliorum fidelium nostrorum, — ad reprimendas incendiariorum insolentias, *imperialis nostra sanxit auctoritas*: Universalis imperii fidelibus nota fieri volumus — “ Zum Schlusse heißt es: „Actum Nurenbere in praesentia prin-

richs des II. v. J. 1235. war „gesetzt und bestätigt mit der Fürsten Rade und mit andern großen Herrn und Wyzsen zu dem großen Hoff zu Maauganze:“ auch der Anfang dieser Constitution: „Wir setzen und gebieten by des Richs Sulden — und mit den Fürsten rad und ander des Richs hulden und getruwen.“ bestätigt dieß vollkommen. Auch ist die Bemerkung eines andern Gelehrten sehr zu berücksichtigen, daß bei den Urthelsbriefen ein verschiedener Styl gebraucht worden sey, je nachdem der in demselben bestimmte Gegenstand verschieden war, woraus man auf den mehreren oder minderen Antheil der Stände schließen kann, obgleich die Ausfertigung selbst unter dem Namen des Kaisers allein geschah ⁴²⁾. Eben so sind auch andere Urkunden zu erklären, in welchen die *Stände* dem Kaiser das Recht einer unbestrittenen eigenmächtigen Entscheidung zuschreiben. Sie enthielten die Ausdrücke: „der Kaiser un-

cipum, *Consilio et consensu eorum*.“ M. s. *Ohlenschläger*, Urkundenbuch zur güldenen Bulle. Nr. XLVIII. S. 124. u. 127.

42) (*von Burgsdorf*) Ueber die Frage: ob die Stände u. s. w. S. 113. u. f. und in dem Anhang von Urkunden S. 9. u. 12.

ser *alleiniger Richter*“ oder „dies gehört *allein vor dem Kaiser unsern natürlichen obersten Richter*“ u. s. w. nur in so fern, in wie fern jedesmal bei der Bezeichnung des Gerichtsstandes der Fürsten der Kaiser *genannt* und *vorzugsweise* genannt zu werden pflegte.

Die Constitution *Friedrichs* des II. und die übrigen ähnlichen Gesetze beweisen also die unumschränkte eigenmächtige Rechtssprechergewalt des Kaisers keineswegs. Es ist vielmehr klar geworden, daß die Untersuchung und Entscheidung von den Ständen des Reichs auf gleiche Weise abhieng. Wenigstens sollte dies so seyn, wie die aufgestellten Beweise zu erkennen geben. Freilich fehlt es in der Geschichte nicht an Beispielen, wo auch ohne Zuziehung der Stände über Reichsunmittelbare Recht gesprochen ward, allein dies war bloß Folge mächtigen, nicht gesetzlichen Verfahrens der Kaiser ⁴³⁾, welches meist

43) Beispiele der Art geben die Achtserklärungen des Churfürsten von Sachsen *Johann Friedrich* und des Landgrafen von Hessen *Philipp* unter *Carl* den V. am 20. Jul. 1546. des Churfürsten von der Pfalz *Friedrich*, des Markgrafen *Johann Georg* von Brandenburg, des Fürsten *Christian* von Anhalt und Grafen *Georg*

erst seit den Zeiten *Maximilians* des I. geschahe 44), über das die Stände jedesmal die bittersten Klagen laut führten 45) und dem auch schon unter *Fer-*

Friedrich von Hohenlohe unter *Ferdinand* dem II. am 22. Jan. 1621. — der Herzoge von Meklenburg *Adolph Friedrich* zu Schwerin und *Johann Albrecht* zu Güstrow unter demselben Kaiser im J. 1628.

44) *Erich Mauritius*, succinct. adnotatt. in capitul. Leopoldi. Cap XXVIII. in *Dessen* Dissertatt. et Opusc. cum praefat. *Nic. Hertii*, S. 767. „Monumenta antiqua excutientibus manifestum fit, usque ad tempora *Maximiliani* I. nunquam causas fuisse decisas a solo imperatore, sed adhibitos simul quosdam ex proceribus imperii. Atque hoc iudicium appellatum fuit das Fürstenrecht: — „Sed a centum amplius annis de principum bonis feudalibus, imo de vita eorum fama ac omni fortuna, soli imperatores non audita aliorum principum sententia, coeperunt decernere.“

45) M. s. die äußerst heftigen Beschuldigungen des Kaisers *Carls* des V. bei *Estor*, de iudicio principum. §. 205. S. 126. u. f. Die Actenstücke in denen sich *Chursachsen*, *Brandenburg* und *Hessendarmstadt* über das Verfahren gegen den Churfürsten von der Pfalz beschwerten s. m. bei *Londorp*, Acta publica, T. II. S. 662. Vergl. *Lünig*, Reichsarchiv. Pars Spec. Forts. II. unter Bayern und Pfalz. S. 58. u. f. — M. vergl. die Beschwerden der Stände unter *Adolph von Nassau*, daß geringere Personen als Fürsten und Grafen in dem geheimen Rathe des Kaisers Recht über Reichs-

Ferdinand dem III. durch den Zusatz in dem 3. §. des I. Art. der Wahlcapitulation: „ohne Churfürsten, Fürsten und Stände vorhergehende Bewilligung keinen Reichsstand, der sessionem et votum in den Reichscollegien hergebracht davon — weder provisorie noch auf sonstige Weise suspendiren und ausschließen:“ ausdrücklich entgegengearbeitet wurde ⁴⁶⁾. Bekanntlich ließ man es auch hierbei nicht bewenden, sondern erweiterte und befestigte diesen Zusatz in der Folge bei *Ferdinand dem IV. und Leopold dem I. noch mehr* ⁴⁷⁾.

Aus diesen allen folgt denn nun auch offenbar, daß die bei der Untersuchung der Sachen der Reichsunmittelbaren geltende Verfassung nicht eigenmächtig vom Kaiser habe abgeändert werden können. Und schon aus diesem Grunde kann nicht zugegeben werden, daß der

stände sprächen: bei *Trithem. Chron. Monasterii Hirsaug.* (Basil. 1559.) ad A. 1298.

46) M. s. *Struv, Corp. jur. publ.* S. 941. §. XII. (der 3. Aufl.)

47) Die Verhandlungen hierüber stehen bei *Londorp, a. a. O. T. VIII. S. 262.* Vergl. *Häberlin, Handbuch des deutschen Staatsrechts Th. II. S. 238.*

Reichs-Hofrath die Strafgerichtsbarkeit vom Kaiser ausschliessend habe übertragen bekommen können, oder dafs es möglich gewesen sey, dafs sie auf ihn stillschweigend übergegangen wäre. Die Bestimmung der Frage: wer die Gerichtsbarkeit in Angelegenheiten der Reichsstände haben solle, hängt vielmehr von der gemeinschaftlichen Entscheidung des Kaisers und der Stände ab, welches die Geschichte vollkommen bestätigt 48).

48) Ich verweise hier nur auf das, was in den Beschwerden und Reservation der Stände wegen der Achtserklärungen von *Chur-Cölln* und *Bayern* enthalten ist bei *Faber*, Europ. Staats-Canzley T. XII. S. 810. u. f. und in den *Elect. jur. publ.* T. I. S. 593 — 600. Mehreres was hieher gehört kömmt weiter unten (*Note* 61. u. 121.) vor. Vergl. indels *Conring*, Discurs. ad Lampadium poster. in *Dessen* Oper. T. II. S. 433. u. f. *Jo. Ern. Floercke*, de consortio imperatoris et statuum imperii in potestate legislativa, genuino fundam. recursus ad comitia. Halae 1756. Membr. III. §. 30 u. f. (*von Burgsdorf*) über die Frage: ob die Reichsstände vor Errichtung des Cammergerichts u. s. w. §. 14 — 31. S. 34. u. f. und *Pütter*, ob und in wie weit den teutschen Reichsständen ein Mitregierungsrecht an der kaiserlichen Regierung beigelegt werden könne: in *Dessen* Beiträgen Th. I. Nr. III. S. 58. u. f. Die entgegengesetzte Meynung behauptet sehr umständlich *Fürstenerius*, Abhandl. von der Kayserlichen Cammer-Gerichts-Jurisdiction. 1748. S. 86. u. f.

Die Reichsstände haben aber nie dem Reichs-Hofrathe die Gerichtsbarkeit über sich übertragen, vielmehr haben sie öfters Gesinnungen geäußert, die gerade den entgegengesetzten Willen verrathen lassen ⁴⁹⁾, und es kann demnach um so weniger behauptet werden, daß der Kaiser es unternommen haben könnte ihm dieses Recht zuzugestehen. Es versteht sich übrigens von selbst, daß hier nicht in so fern von der Macht des Kaisers über den Reichs-Hofrath die Rede seyn könne, in wie fern dieser ein *privat Hofrath* des Kaisers ist. Denn in dieser Qualität hat er gar keine Gerichtsbarkeit *als eine Reichsgerichtsbarkeit* auszuüben. Hier hat er bloß die Angelegenheiten zu besorgen, die die Erblande des Kaisers betreffen, oder, wenn ja von Reichsangelegenheiten die Rede ist, nur solche, die den Kaiser ausschliessend angehen und durch deren Betreibung ihm seine Regierungsgeschäfte erleichtert werden, wohin *Standeserhöhungen, Gnadensachen* u. dergl. mehr zu rechnen sind ⁵⁰⁾. Dinge hingegen,

49) Vergl. unten *Note* 54, 55, 59, u. 138.

50) *Pütter*, Progr. de jure et officio summorum imperii tribunalium circa interpretationem privile-

die zu dem Reichsgerichtswesen gehören, hat er nur in so fern er ein Reichsgericht ist zu betreiben und es muß also in dieser Rücksicht auf ihn alles das passen, was nach der rechtlichen Verfassung eines Reichsgerichtes überhaupt Statt finden muß.

§. 10.

Drittens endlich, die Behauptung, daß der Reichs-Hofrath *an die Stelle des Fürstengerichtes getreten sey*, kann nicht als wahr erwiesen werden. Dieß lehrt

I) die Geschichte der Entstehung dieser Meynung. Denn die Voraussetzungen, auf die sie gebaut war und um deren willen man einigen Grund hatte jene Meynung für richtig zu halten, fielen mit der eigentlichen Einrichtung des Reichs-Hofrathes gänzlich hinweg. — Als nämlich Kaiser *Maximilian* der I. im J. 1501. sey es nun weil er sich aus der Einrichtung des Cammergerichtes von dem Nutzen einer collegialischen Verfassung überzeugt hatte, oder weil er den Einfluß

giorum caesareorum. Göttingae. 1758. §. 3. u. f.
in *Dessen* Opusc. rem. judic. imperii illustr.
Götting. 1766. Nr. VI. S. 273. *Häberlin*, a. a.
O. Th. II. S. 488.

des Cammergerichts beschränken wollte, ein eignes Collegium an seinem Hofe errichtete, das den Namen eines *Hofrathes* führte, so hatte dieß vorzüglich Grafen und Ritter zu Mitgliedern, Männer also, die gültiger Weise an einem Fürstengerichte hätten Antheil nehmen können ⁵¹⁾. So wenig nun dieß Collegium ursprünglich zur Entscheidung der Justizsachen, sondern nur zur Betreibung solcher Angelegenheiten, die an die Person des Kaisers gelangen würden, errichtet war ⁵²⁾; so war man doch geneigt zu glauben, daß es auch solche Sachen entscheiden könne, die sonst vor dem Fürstengerichte entschieden worden waren, eben weil es Mitglieder hatte, die die Eigenschaften eines Mitgliedes eines Fürstengerichtes besaßen. Gleich im J. 1502. machte die Stadt *Cölln* mit einer Sache den Anfang, reichte Beschwerden über ihren Churfürsten daselbst ein, worauf denn auch der Churfürst wirklich zur Verantwortung vor den Kaiserlichen

51) *Harpprecht*, Staatsarchiv. Th. II. S. 423. Nr. CXXVII. *Londorp*, Acta publ. T. I. S. 24. Cap. VII.

52) Vergl. *Pütter*, Entwick. der heut. Staatsverf. des 1. Reichs. Th. I. S. 216 — 318.

Hof gefordert ward 53). Allein schon diess macht die Richtigkeit jener Voraussetzung verdächtig, daß die Stände Klage dagegen führten 54) und der Kaiser auf dem Reichstage zu *Costnitz* im J. 1507. einen *ehrbaren Hofrath* anzuordnen versprechen mußte 55). Um hierinne noch sicherer zu gehen, ward es dahin gebracht, daß auch von Seiten der Stände ein Theil der Rätthe und zwar viere, von den Churfürsten, viere, von den übrigen Fürsten zu diesem Hofrathe bestellt wurden 56). Aber diess gab nur

53) *Lünig*, Staatsconsilia. Th. I. S. 652. u. f. *Harpprecht*, a. a. O. Th. II. S. 168. §. 227. Ebenderselbe führt Th. II. S. 193. Th. III. S. 201. u. f. S. 317. Th. IV. Abth. II. S. 17. u. an andern Orten, mehrere Beispiele von Processen an, die an diesen Hofrath gebracht wurden.

54) M. s. *Harpprecht*, a. a. O. Th. II. S. 168. §. 228. S. 172. §. 234. *Pütter*, Beiträge zur Lehre vom Ursprunge des Reichs-Hofraths: in den *Hannöverischen Anzeigen* v. J. 1750. Nr. 42. §. 6.

55) *R. A. v. Cölln*, v. J. 1512. §. 5. bei *Senckenberg*, Sammlung der Reichsabschiede. Th. II. S. 147. Vergl. *Datt*, a. a. O. S. 615. Nr. 102. u. f. S. 869. Nr. 2. und *Harpprecht*, a. a. O. Th. II. S. 167. §. 225. u. S. 193.

56) *R. N. A. v. Cölln*, v. J. 1512. §. 6. 8 — 11. 14. u. 15. *Fugger*, Spiegel der Ehren des Erzhauses Oestreich (vermehrt von *Sigmund von Birken*, Nürnberg. 1668.) S. 1289. Not. 33.

noch mehr Veranlassung zu glauben es sey ein Surrogat des Fürstengerichts vorhanden, obgleich das Fürstengericht nicht aus *Abgeordneten*, wie hier, sondern aus Fürsten selbst bestanden hatte. Nun konnte auch nicht mehr der Einwurf gemacht werden daß jener Hofrath einseitig mit Oestreichischen Räthen besetzt würde. Allein es ist bekannt daß sich diese Einrichtung nicht länger als 6 Jahre hielt, daß nach Verlauf dieser Zeit, keine Abgeordnete weiter von den Ständen geschickt wurden, weil sie diese nicht auf ihre Kosten erhalten wollten 57). *Carl* der V. errichtete bald darauf wieder einen neuen Hofrath, in welchem Fürsten, Grafen und Herren wirklich Beisitzer waren, die auch nach Art der alten dem Wesen des Fürstengerichts übereinstimmenden Sitte, dieß Amt nicht beständig, sondern nur auf einige Zeit nach Willkühr des Kaisers verwalteten 58).

57) Vergl. *Pütter's* angef. Abhandl. in den *Hannöv. Anzeigen* § 7. u. 8. — Ueber die Geschichte des Kaiserlichen Hofraths nach Aufhebung des Planes daß die Stände Beisitzer zu demselben schicken sollten, s. m. *Harpprecht*, a. a. O. Th. III. S. 169. §. 198.

58) M. s. die Urkunde bei *Harpprecht*, a. a. O. Th. IV. Abtheil. II. Nr. CCCIII. S. 76. und im Staatsarchive selbst, S. 17 — 20. Th. V, S. 40. u. f.

Aber auch dieser Hofrath gerieth bald wieder in Verfall. — Wenn nun die Stände durch ihre Klagen über die beim Kaiserlichen Hofrath, aus dem nachher der jetzige Reichs-Hofrath entstand, angebrachten Rechtssachen ausdrücklich erklärten, daß sie dieß Gericht nicht als ein Gericht anerkennen könnten, das die Stelle des Fürstengerichts vertrete, wenn die Stände keine Abgeordneten mehr schickten, wenn endlich auch Kaiser *Carls* des V. der alten Gerichtsverfassung angemessene Einrichtung aufhörte, dann fallen auch alle Gründe hinweg, durch die man auf die Meynung, daß der Reichs-Hofrath an die Stelle des ehemaligen Fürstengerichts getreten sey, gebracht ward. Diese Meynung selbst muß daher als irrig verworfen werden, denn bei der weiteren und eigentlichen Anordnung des jetzigen Reichs-Hofraths unter *Ferdinand* dem I. und den folgenden Kaisern, hat sich kein Umstand ereignet, aus welchem ein solcher Grund entlehnt werden könnte. Hier war nur einzig und allein von der Anordnung eines Gerichtes die Rede, daß ein Reichsgericht seyn sollte, so gut wie das Reichs-Cammergericht. Denn die Beschwerden der Stände daß die Rechtssachen am

Kaiserlichen Hofe täglich anwüchsen ⁵⁹⁾, wozu mehrere Umstände wirkten ⁶⁰⁾ zeigen deutlich daß den deutschen Fürsten an der Errichtung des Reichs-Hofraths neben dem Reichs-Cammergerichte wenig gelegen war. Dieß konnte aber nicht mehr verhindert werden, denn der Wille des Kaisers, seine Gewalt in Rücksicht der Ausübung der Gerechtigkeit zu erhalten und die auch allerdings durch das vom Kaiser entfernte Reichs-Cammergericht in engere Grenzen geschlos-

59) Vergl. *Sammlung der Reichsabschiede*, Th. III. S. 148. *Londorp*, a. a. O. T. I. S. 53. u. 56. *Harpprecht*, an den in der Note 54. angeführten Orten. *Senckenberg*, Sammlung ungedruckt. und rarer Schriften. Th. II. S. 155. u. f. *Möser*, pragmat. Gesch. der Reichs-Hofrathsordnung. Th. I. S. 20. 24. u. f. und *Schmidt*, Geschichte der Deutschen. Th. IV. S. 520.

60) Hierhin gehört vorzüglich der öftere Stillstand der Gerechtigkeitspflege bei dem Reichs-Cammergerichte, und der Umstand, daß der Reichs-Hofrath bloß Beisitzer katholischer Religion hatte, womithin die Katholiken nach den Verhältnissen damaliger Zeiten Begünstigung erwarteten. Vergl. *Datt*, a. a. O. S. 705. Nr. 24. *Harpprecht*, a. a. O. Th. V. S. 44. u. 47. *Herckenhahn*, Geschichte des R. H. R. Th. I. S. 550. u. f. *Häberlin*, Handbuch des t. Staatsrechts. Th. II. S. 383. und *Malblanc*, Anleit. zur Reichs- und Provincial-Gerichtsverfassung. Th. I. §. 16. S. 28. u. f.

sen zu werden schien, war zu ernstlich. Der ganze Plan ward mithin dazu angelegt, daß der Reichs-Hofrath nicht geringer seyn sollte, als das Reichs-Cammergericht. Alle Verhandlungen, welche über die Einrichtung des Reichs-Hofraths zwischen den Kaiser und den Ständen besonders bei Errichtung des Westphälischen Friedens vorfielen, bezogen sich also auch vorzüglich nur darauf, daß er nach gleichen Grundsätzen wie das Reichs-Cammergericht eingerichtet werden ⁶¹⁾ und welche Grenzen zwischen

61) Darum ward auch im O. F. S. Art. V. §. 55. verordnet: „*quoad processum judicarium ordinatio camerae imperialis etiam in judicio aulico servabitur per omnia.*“ Darum drang man auch so ernstlich auf eine genaue Reichshofraths-Ordnung, und tadelte es so laut daß der R. H. R. noch keine gehörige Ordnung, sondern nur einzelne Vorschriften Kaiserlicher Verordnungen zur Richtschnur hätte. Ueberhaupt lehren die Klagen über den Reichs-Hofrath, daß man die Eigenschaften bei demselben wollte, die ein wohleingerichtetes Gericht nach den damaligen Zeiten erforderten. Die hierher gehörenden Actenstücke findet man bei Moser, Geschichte und Erläuterung der Reichshofraths-Ordnung. Th. I. S. 20. u. f. Vergl. Pütter, hist. Entwicklung. Th. II, S. 23. u. 96. u. f. Wie die Stände überhaupt den Reichs-Hofrath eingerichtet haben wollten, hat Herchenhahn, a. a. O. Th. I. S. 439. 490. 572. 577. 580. 582. 584. 592. u. 599. am ausführlichsten beschrieben.

seiner und des Reichs-Cammergerichts Gerichtsbarkeit Statt finden sollten. Von dem Zwecke, daß er die Stelle des Fürstengerichts vertreten solle, war in keiner Hinsicht die Rede, vielmehr zeugen andere Umstände von dem Gegentheile sehr deutlich.

Es ward nämlich (und diels ist das II) woraus die Nichtigkeit jener Meynung klar wird,) in dem *Osnabrücker Friedensschlusse* ⁶²⁾ dem Kaiser das Recht verstattet, in Fällen, die es nothwendig zu machen schienen, Churfürsten und Fürsten zur Entscheidung zusammen zu berufen. Es ist gewils, daß diese Bestimmung Folge der Anhänglichkeit an das Fürstengericht war, von dessen Entbehrlichkeit man sich vielleicht noch nicht so ganz überzeugt hatte, weil man vielleicht das nun ganz neu gewordne System der Gerichtsverfassung selbst, nicht ganz übersah. Ob also diese Bestimmung hier nothwendig war, oder nicht, darauf kömmt nichts an. Sie zeigt aber deutlich daß die Stände von einem Uebergange des Fürstengerichts auf den Reichshofrath nichts wußten und daß sie ihn auch nicht annehmen wollten. Denn in

⁶²⁾ *Art. V. §. 55. Vergl. Oben Note 27.*

der That, es wäre unerklärbar, wie man auf den Gedanken hätte kommen können, dem Kaiser die Zusammenberufung eines Fürstengerichts freizustellen, wenn das Fürstengericht selbst schon *in dem Reichs-Hofrath existirt hätte*. Ein *doppeltes* Fürstengericht anordnen zu wollen, ist noch unwahrscheinlicher, da diess ganz zweckwidrig gewesen wäre, und kein Grund in der Geschichte zur Rechtfertigung einer solchen Behauptung aufgefunden werden kann. Dieser Umstand macht aber jene Meynung nur noch verwerflicher, denn es ist kein Ausweg, auf dem man den Widerspruch heben kann, der zwischen den Sätzen liegt, daß das Fürstengericht auf den Reichs-Hofrath übergegangen sey, und daß der Kaiser das Recht haben solle ein Fürstengericht anzustellen wenn es die Umstände erforderten. Vielleicht könnte man noch sagen, daß der Reichs-Hofrath nur in so fern an die Stelle des Fürstengerichts getreten sey, in so fern der Kaiser *nicht ein besonderes anordne*. Aber auch diess kann nicht behauptet werden, denn es ist kein Grund hierzu vorhanden, und gesetzt, man wollte diess auch ohne Grund zugeben; so wäre es doch immer noch nicht erwiesen daß das Fürstenge-

richt *zum Theil* (unter dieser Einschränkung) auf den Reichs-Hofrath übergegangen sey, das, was im Vorhergehenden hiergegen gesagt worden ist, macht es immer noch unmöglich auch diels nur annehmen zu können.

III) In dem Fürstengerichte machte die Entscheidung des Falles (der Urtheilspruch) die Hauptsache aus, die *Untersuchung* selbst, gab dem Fürstengerichte wenig Charakter, denn man weiß ja auf welche Art gerichtliche Untersuchungen in dem Mittelalter geführt wurden. Wenn nun der Reichs-Hofrath an die Stelle des Fürstengerichts getreten wäre, so müßte er also vorzüglich das Recht der *Entscheidung* haben. Aber diels ist gerade nicht der Fall, denn der Reichs-Hofrath sowohl, als auch das Reichs-Cammergericht ist, wie schon oben (§. 2.) gesagt, bloß auf die *Untersuchung* eingeschränkt und zu der Einholung der Entscheidung auf dem Reichstage, ausdrücklich angewiesen.

Endlich IV) auch der Umstand ist hier nicht ganz unwichtig, daß bei dem Fürstengerichte, welches unter *Maximilian* dem I. gehalten wurde, das Reichs-Cammergericht zu Rathe gezogen

ward ⁶³⁾. Wenn der Reichs-Hofrath an die Stelle des Fürstengerichts getreten wäre, und dieser Fall dann unter die Ausnahmen gehört hätte, von denen wir kurz vorher (unter Nr. II) sprachen; so hätte doch nothwendig der Reichs-Hofrath, der eben deswegen vorzüglich competent hierinne gewesen wäre, und *nicht das Reichs-Cammergericht* zu Rathe gezogen werden müssen. Und in der That, es läßt sich kein Grund denken, um dessen willen man in diesem Falle auf eine Art verfahren wäre, bei der so wenig Rücksicht auf die Eigenschaften des Reichs-Hofraths Statt gefunden hätte ⁶⁴⁾.

63) M. s. *Harpprecht*, a. a. O. Th. II. S. 177. u. 178. §. 241. e. 242.

64) Schon *dass* ein Fürstengericht in den Zeiten gehalten ward, in die die Errichtung des Reichs-Hofraths fällt, ist hier nicht ganz unwichtig. — Aus den neueren Zeiten ist der Antrag *Friedrich's* des I. Königs von Preussen an den Kaiser merkwürdig, nach dem er im J. 1710. in einer Sache gegen die Stadt Nürnberg auf ein „in dem Westphälischen Friedensschluss Art. V. §. 55. renovirtes, und in den Reichs-Constitutionen heilsamlich verordnetes, aus der ersten Capitulation eines Römischen Kayzers mit den Teutschen Reichs-Ständen zu Coblenz Anno 860. herfließendes und von — Kayserl. Majestät selbst in der Wahl-Capitulation §. 38. gleich andern Kaysern ver-

Doch genug von dieser Art den Vorzug des Reichs-Hofraths gegen das Reichs-Cammergericht zu vertheidigen. Ich gehe zu einer zweiten über.

§. 11.

II) Es ist unleugbar sagen Andere⁶⁵⁾, daß die Bestimmung einer Ausnahme, gegeben an einem Orte, wo die Regel nicht ausdrücklich festgesetzt ist, die Regel selbst für alle nicht ausgenommene Fälle befestige⁶⁶⁾. Nun ist das Recht der Untersuchung in Landfriedenbruchsachen dem Reichs-Cammergerichte *als Ausnahme* zugestanden worden, mithin folgt auch unmittelbar daraus daß die Regel: *das Reichs-Cammergericht habe in Strafsachen der Reichsunmittelbaren das Recht der Untersuchung nicht*, unumstößlich gelten müsse.

sprochenes Fürsten-Recht“ provocirt. M. s. Lünig, Teutsche Reichscanzley. Th. VII. S. 46. u. f.

65) Arumaeus, Diss. de concurr. jurisd. Quaest. VII. a Schulz Szulecki, Diss. de Camera imp. §. XLII. S. 44. Guther, Diss. de causis jud. imp. aul. fundant. §. XIV. S. 21. und Bardili, Diss. idea jud. imp. aul. Sect. X. §. 12. S. 40.

66) „Exceptio sagen sie, *confirmat regulam in casibus non exceptis.*“

§. 12.

Dieser Grund wird von allen ohne Beweifs aufgestellt, dennoch kömmt darauf alles an, ob denn dem Reichs-Cammergerichte die Untersuchung der Landfriedensbruchsachen in der That *als Ausnahme* zugestanden worden sey. *Ausdrücklich*, ist diess durchaus nicht geschehen. Es ist das Verfahren gegen Friedbrecher streng und ohne Unterlaß vorzunehmen angeordnet, auch die Art und Weise desselben ziemlich ausführlich beschrieben ⁶⁷⁾. Aber in allen diesen hat man auch nicht ein Wort fallen lassen, durch welches man die *Ausnahme* angegeben hätte. Man soll sie daraus folgern, daß in der Cammergerichts-Ordnung nur Fälle des Landfriedenbruches *erwähnt*, andere Straffälle hingegen mit Stillschweigen übergangen worden wären.

Mit Grunde kann diess nicht gesagt werden, denn die Cammergerichts-Ordnung redet ausdrücklich von den *Verletzungen der Gebote der goldnen Bulle*, also vorzüglich vom *Hochverrathe* und der *Verletzung der Majestät*, wor-

67) C. G. O. Th. II. Tit. IX. *Conc.* Th. II. Tit. X. u. XXI. Th. III. Tit. LVIII.

über sich die goldne Bulle bekanntlich sehr ausführlich verbreitet. In solchen Fällen soll der Fiscal *vor dem Cammergerichte* zu klagen verbunden seyn ⁶⁸⁾. Auch andere Reichsgesetze reden ausdrücklich von der *Gotteslästerung* wegen welcher der Fiscal ebenfalls *vor dem Cammergerichte* Klage zu führen verbunden ist ⁶⁹⁾. Mithin ist der Landfrie-

68) Th. II. Tit. XX. §. 1. und *Conc. d. C. G. O.* Th. II. Tit. XXI. §. 1. bei *Schmaufs*, corp. jur. publ. S. 545. »Als nemlich vor das erst, so jemand wider die Gulden Bull — handeln, oder zu handeln unterstehen, oder sonst der Kayserl. Majestät oder des Kayserl. Cammer-Gerichts Gebotten nicht gebührlich Gehorsam leisten würde; Soll der Fiscal gegen denselben auf die Pön des Landfriedens oder sonst andere Pön an vorgemeldtem Cammer-Gericht zu procediren oder zu handeln schuldig seyn.« — Die Worte: *oder sonst andere Pön*, hindern auch den Einwurf, daß hier nur in so fern von den Verletzungen der *G. B.* gesprochen werde, in wie fern hierbei auf *Strafe des Landfriedensbruches* Rücksicht genommen würde.

69) *Ref. guter Polizei* v. J. 1548, zu Augsburg. Tit. I. *Von Gotteslästerungen*. §. 6. »So aber der Churfürst, Fürst, Prälat, Graff, Herr, vom Adel oder Commun, dieselbe ihre Amptleut oder Unterthanen, auch nicht straffen, oder die Lästerung selbs thun würden, soll gegen den oder denselben unser Kayserl. Fiscal — wie sich gebührt procediren.« und §. 8. »Welche auch hierüber die angezeigte Gotteslästerer, wie obsteht, wissentlich und freventlich,

densbruch als Gegenstand der Strafgerichtsbarkeit des Reichs - Cammergerichts *nicht allein* dargestellt.

Aber abgesehen hiervon, muß wohl die zugestandene Gerichtsbarkeit in Landfriedenbruchssachen um deswillen als Ausnahme angesehen werden, weil von diesen *eigentlich* und *ausführlich*, von andern *nur beiläufig* gehandelt wird. Allein auch dieß kann nicht der Fall seyn, selbst wenn auch (was doch nicht ist,) nur einzig und allein der Landfriedensbruch erwähnt worden wäre. Denn

I) wenn die eigentliche und ausführliche, oder auch alleinige Erwähnung des Landfriedenbruches eine Ausnahme anzunehmen berechtigen sollte, so müßte entweder ausdrücklich bestimmt seyn, daß die Gerichtsbarkeit des Reichs-Cammergerichts auf Strafsachen nicht ausgedehnt werden solle, (welches nirgends

zu Dienern aufnehmen, mit ihnen handeln — gegen denselben sie wären hohes oder nieders Stands, soll unser Kayserl. Fiscal, vor unserm Kayserlichen Cammergericht ad poenam arbitriam procediren. « Die Cammergerichts-Ordnung bestimmt auch ausdrücklich Th. II Tit. XX. §. 4. daß Uebertretungen dieser (nachher mehrmals publicirten) Polizeiordnung vor dem Reichs-Cammergerichte untersucht werden sollen.

geschehen ist,) oder es müßten Umstände vorhanden seyn, unter denen es gar keiner solchen Bestimmung bedürfte, wo es an sich klar wäre, daß das Reichs-Cammergericht in solchen Fällen kein Recht zur Untersuchung hätte. Dieß letztere kann nun aber wiederum nicht angenommen werden, wie schon das Vorhergesagte lehrt und in der Folge noch mehr bestätigt werden wird. Alles, was demnach hieraus gefolgert werden kann, ist dieß, daß die Cammergerichts-Ordnung nicht ganz vollständig ist, daß in ihr Bestimmungen ausgelassen oder nicht gehörig angegeben worden sind, die sie hätte geben sollen. Und in der That, so verhält es sich auch bei dieser Sache. Die Art und Weise wie die Cammergerichts-Ordnung verfertigt ward, die Zeitumstände, u. dergl. m. waren für eine vollständige und genaue Abfassung derselben gar nicht geeignet, kein Wunder also, wenn wichtige Punkte ganz oder zum Theil ohne Bestimmung blieben, zumal da man das größte Gewicht auf die Bestimmungen legte, die die wechselseitigen Gerechtsamen des Kaisers und der Stände betrafen. Dieß alles wird noch mehr durch die Cammergerichts-Ordnung selbst be-

stätigt, in der es gerade zu eingestanden wird, daß manches unbestimmt geblieben ja sogar absichtlich unbestimmt gelassen worden sey und daß dieß in der Folge erst festgesetzt werden solle 70).

Es hatte aber auch II) seinen guten Grund, warum man von den Landfriedensbrüche eigentlich und ausführlich in der Cammergerichts - Ordnung sprach, bei andern Fällen hingegen nicht so sorgfältig verfuhr. Dieser lag in den Zeitumständen. Die Errichtung des Reichs-Cammergerichts fällt nämlich gerade in die Zeiten, wo man des ewigen Kriegens von Herzen müde war und wo man ernstlich daran dachte wie den Befehdungen ein Ende gemacht und dem deutschen Reiche Friede und Ruhe im Innern verschafft werden könne 71). Alle Anstal-

70) Th. II. Tit XXXVIII. §. 1. bei *Schmaufs* corp. jur. publ. S. 585. »Ferner nachdem nicht in allen Fällen und Sachen in dieser Ordnung gewisse Maass gegeben oder Vorsehung beschehen, auch unversehentliche und täglich sich zutragende Fall nicht mögen bedacht werden:« Vergl. den R. A. von Speier v. J. 1557. §. 5. — Auf die steten Berufungen daß dieser oder jener Punct auf dem nächsten Reichstage, oder bei einer andern Gelegenheit näher bestimmt werden solle, braucht hier kaum aufmerksam gemacht zu werden.

71) M. vergl. die Geschichte der Bemühungen zur Be-

ten, alle Gesetze damaliger Zeiten zweckten hierauf ab. Ins besondere sollte das Reichs - Cammergericht zur Festsetzung und Erhaltung des Landfriedens dienen. Diefs war die Hauptabsicht, die man mit der Errichtung dieses Gerichtes hatte ⁷²⁾. Alle Verordnungen zur Haltung des Landfriedens, sagte man, sind fruchtlos, wenn nicht das Recht im Lande gehandhabt wird ⁷³⁾, oh-

wirkung eines allgemeinen Landfriedens, bei *Datt*, a. a. O. *Petr. de Marca*, de concordia sacerdot. et imp. Libr. IV. Cap. XIV. S. 402. u. f. *Kopp*, von den geistl. und Civil - Gerichten in Hessen. Th. I. S. 262. 283. 362. 363. u. a. a. O. *Schmidt*, Geschichte der Deutschen. Th. II. S. 423. f. Th. III. S. 30. Th. IV. S. 211. 368. 552. 555. f. und *Herckenhahn*, a. a. O. S. 158. 173. 224. 329. 343. 369. u. f.

72) *Datt*, a. a. O. S. 704. Nr. 12. S. 706. Nr. 25. z. E. u. 33. *Harpprecht*, a. a. O. Th. II. S. 89. §. 91. *Senckenberg*, sel. cap. de historia et jurisdictione Augusti cameralis judicii. Giefsae 1743. §. 16. *Blum*, a. a. O. S. 110. Daher sagt auch *Schaten* in den *Annal. Paderborn.* ad. A. 1495. von dem Cammergerichte: „*qua judicii institutione nullum praestantius remedium fuit adversus tumultuaria bella tandem e medio tollenda, quibus tot annis Germania miserandum in modum dilacerata fuit.*“

73) So erklärten sich die Churfürsten ausdrücklich auf dem Reichstage zu *Neustadt* im J. 1455. „Item, wenn die Gerechtigkeit also ufrüchlich und blüßlich

ne Gericht kann kein Friede seyn 74) und *das Cammergericht* soll zu diesem Zwecke da seyn, dieß wird gemeinen

gehalten wirdet, so werden die mutwilligen Kriege, ungebührliche Fehde, Straßen-Rauben, und ander Ungebührlichkeit von Ire selbst abgestalt, so mag ein iglicher State — in seinen redlichen Wesen bliben, und ist nymanths nod, durch Kriige oder Veintschafft das sein zu eysehen ader zu fordern.“ bei *Müller*, Reichstagstheater unt. *Friedrich* den V. Vorstell. II. Cap. 7. S. 513.

74) So äußerten sich die Stände im J. 1491. auf ein Project zur Handhabung des Landfriedens das ihnen der Kaiser vorgelegt hatte. Es heißt: „so aber darinnen (in dem Projecte) die Handhabung desselben Frieden am meisten uf dem Cammer-Richter und Cammer-Gericht gestellt, daß nicht aufgericht sei, wiesen sie die Handhabung des Friden in Iue nit zu ermessen, wie die on aufgerichß ordenlichs Recht gescheen möge, dann Friede on Recht nicht gesein kan.“ M. s. *Müller*, Reichstagstheater unter *Friedrich* den V. Vorstell. VI. S. 199. Auch in dem Rathschlage der Fürsten und in der darauf von den Churfürsten gegebenen Antwort auf dem Reichstage zu Frankfurt im J. 1486. wird gesagt: „So das Recht einen yden offen ist und widerfaren mag, daruß erwechst gemeyner Friede.“ — „Daß Sein Maj. das Cammergericht fürderlich eröffnen — wolt, dem seinen zimlichen Lauf Oberkeit und Bewingnisse ließ daruß erwuchß von Ihn selbstständiger Friede, wann die Ursach der Kriege wäre aufgehoben.“ *Müller*, a. a. O. Vorstell. VI. S. 22. Vergl. *Harpprecht*, a. a. O. Th. I. S. 81. §. 131. u. S. 83. §. 139.

Frieden bringen 75). Unter diesen Umständen ist alles leicht zu erklären. Der Landfriede war der Hauptgegenstand. Je drückender die Befehdungen waren, desto eifriger war man auf jenen bedacht. Ihn suchte man einzuführen und setzte lieber andere Dinge zurück, so sehr sie auch ihrer Wichtigkeit wegen alle Aufmerksamkeit erfordert hätten. — Der Grund zu obiger Behauptung fällt mithin ganz hinweg.

75) Kaiser *Friedrich* der III. sagt daher in seiner Constitution vom J. 1467. §. 6. bei *Goldast*, Reichssatzungen Th. I. S. 185. „Und daß solcher Fried desto fruchtbarer gehandhabet und volnzo- gen wurde, so sollte ein Kayserlich Gericht redlich und trefflich — darzu gegeben werden.“ Noch bestimmter konnte *Maximilian* der I. hierüber sprechen. M. s. R. A. v. J. 1495. bei *Datt*, a. a. O. S. 704. Nr. 12. „Wir haben auß beweglichen Ursachen einen gemainen Landfrieden durch das Rö- mische Reich und Teutsch Nation aufgericht, und zu halten gebotten, und nachdem derselbig on redlich Erbar und fürderlich recht schwärlich im wesen besteen möchte, darumb auch gemeinen nutz zu fürdrung und notturfen, unser und des heiligen Reichs Cammergericht — aufgericht und zu hal- ten fürgenommen.“ Um dieser genauen Bezie- hung des Cammergerichts zum Landfrieden willen, ward auch zugleich mit der C. G. O. den Land- frieden zu halten von neuem anbefohlen. M. s. *Herchenhahn*, a. a. O. Th. I. S. 531.

§. 13.

Fast gleichlautend mit dem vorhergehenden Grunde ist III) dieser, daß den Proceß gegen Landfriedensbrecher ausgenommen, nicht ein Wort weiter in der Cammergerichts-Ordnung von dem *Strafprocesse* vorkomme. Hieraus folge klar, daß kein anderer Strafproceß vor das Cammergericht gehöre, als der über Landfriedensbruchsachen, denn wenn dieß der Fall seyn sollte, so würde ebenfalls hierüber etwas gesagt worden seyn ⁷⁶⁾.

§. 14.

Der Grund der die vorhergehende Behauptung niederschlug, gilt auch hier vollkommen.

Wenn auch die Cammergerichts-Ordnung wirklich sehr wenig oder nichts von dem Strafprocesse enthielte, so beweist dieß ebenfalls weiter nichts, als daß diese Ordnung unvollständig sey. Auch die Ursache dieser Unvollständigkeit ist hier ganz dieselbe, wie bei dem vorhergehenden Falle. Die Bestimmung des Processes in Landfriedensbruchssachen interessirte am meisten, wenn die-

76) Dieß behauptet *Bardili*, a. a. O. §. XII. S. 40.

se also nur gegeben war, so schien die Hauptsache festgesetzt zu seyn, wo dann auch für das Uebrige weniger Schwierigkeit blieb.

Aber es kommt hier noch ein Umstand hinzu, der diese Behauptung als ungegründet erscheinen läßt. Wenn nämlich mit Grunde behauptet werden kann, daß man aus der ausdrücklichen und genauen Bestimmung der Form der verschiedenen Proceßarten auf den Umfang der Rechte eines Gerichts schließen müsse, so kann und muß von der Reichs - Hofraths - Ordnung besonders verlangt werden, daß sie den Strafproceß bestimmt bezeichne. Das Reichs - Cammergericht, schloß man, hat keine Strafgerichtsbarkeit, weil der Strafproceß in der Ordnung dieses Gerichtes nicht beschrieben ist. Der Reichs - Hofrath soll aber die Strafgerichtsbarkeit haben, folglich wird auch der Strafproceß in der Reichs - Hofraths - Ordnung festgesetzt worden seyn. Das eine folgt so gut, wie das andere. Allein diess ist nun eben so wenig in dieser, wie in jener Ordnung der Fall. In der Reichs - Hofraths - Ordnung wird der Strafproceß ebenfalls gar nicht beschrieben, und das wenige, was mit Beziehung auf Straffäl-

le von der Beschleunigung des Verfahrens und von den Fiscalischen Processen gesagt ist 77), ist eben so gut auch schon in der Cammergerichts-Ordnung 78) aufgestellt. Jener Grund würde demnach zu viel beweisen, dem Reichs-Hofrathe würde aus derselben Ursache das Recht der Untersuchung in Strafsachen abgesprochen werden müssen, aus der man es dem Reichs-Cammergerichte absprechen will. Er kann also auch nichts gelten.

Ueberhaupt lag es wohl auch gar nicht in dem Plane für die Abfassung der Cammergerichts-Ordnung, die Form des Processes allen seinen Theilen nach zu beschreiben. Nur das sollte wohl in ihr über das gerichtliche Verfahren bestimmt werden, *was dem Wesen des Reichs-Cammergerichtes nach Eignes vorhanden seyn mußte* und was sich auf den Landfriedensbruch bezog. In den übrigen Stücken (z. B. in Rücksicht der Beweismittel u. dergl.) brauchte und sollte vielleicht auch nicht von den Bestimm-

77) R. H. O. Tit. IV. §. 8. u. Tit. VI. §. 6. bei Schmaufs, a. a. O. S. 925. u. 940.

78) Conc. d. C. G. O. Th. I. Tit. XII. §. 3. Tit. XV. §. 5. Tit. XVII. u. f. bei Schmaufs, a. a. O. S. 355. 364. u. 396. u. f.

ungen gemeiner Gesetze abgewichen werden. Dieß sagt die Cammergerichts-Ordnung 79) ausdrücklich. In den ältesten Cammergerichts-Ordnungen, wäre freilich eine genauere Bezeichnung des Strafgerichtsprocesses ins besondere sehr zweckmälsig gewesen, da man die *Hals-Gerichts-Ordnung* Kaiser *Carl's* des V. noch nicht hatte, und sich mithin auf anderwärts gegebene ausführliche Bestimmungen nicht berufen konnte. Allein jene Cammergerichts-Ordnungen waren überhaupt ganz unvollständig, und wir können auch eigentlich nur von der neuesten Cammergerichts-Ordnung sprechen die *nach* der Hals-Gerichts-Ordnung verfertigt ward, und wo sich dann die Beziehung auf das gemeine Recht, auch auf diese mit erstreckt. Ueberdies, wenn man auch die Verhandlungen über die Abfassung eines deutschen Strafgesetzbuches, wie man ehemals fälschlich glaubte 80) in die Zeiten der

79) Th. III. Tit. LIV. „Wir f. o. und. w. daß in allen und jeden Fällen, die hieoben nicht sonderlich und ausdrücklich in dieser Ordnung des gerichtlichen Process halben versehen, das gemein Recht statt haben, und vermög desselben gehandelt und procedirt werden soll.“

80) Hierher gehört die Behauptung von *Kress*, in

ersten Anordnung des Reichs-Cammergerichts nicht setzen kann; so nahmen sie doch bald nach Errichtung desselben ihren Anfang ⁸¹⁾ und ist es daher allerdings nicht unwahrscheinlich, daß man selbst um des willen so wenig für die Bestimmung des Strafprocesses in den Cammergerichtsordnungen besorgt war, weil man ein eignes Strafgesetzbuch zu erwarten hatte ⁸²⁾.

§. 15.

IV) Man behauptet daß das Recht der Untersuchung in Straffällen der

der Vorr. zu s. *Comm. ad C. C. C.* §. XV. u. f. daß schon im J. 1495. auf dem Reichstage zu Worms den Ständen ein Project zu einer *H. G. O.* vorgelegt worden sey, die jedoch schon *Horix*, wahre Veranlassung der *P. H. G. O.* §. 8. u. 9. widerlegt hat.

81) M. s. *Malblanc*, Geschichte der *P. G. O.* Kaiser *Karls V.* Nürnberg 1783. §. 37. S. 174. u. f.

82) Deswegen antwortete auch das Reichsregiment auf die Beschwerde des Cammergerichts, daß in Rücksicht der Strafsachen nichts gehöriges bestimmt sey, „Und ist nach solchem Artikel auch bedacht, so fern die Halsgerichtsordnung von dem Regiment verfaßt, beschlossen und in das Reich verkündigt wurde, daß in diesem Artikel weiter Fürsorge zu thun unnöthig und überflüssig seye.“ M. s. *Harpprecht*, a. a. O. Th. V. S. 216.

Reichsstände, dem Reichs-Cammergerichte durch Gesetze ausdrücklich untersagt, dem Reichs-Hofrathe hingegen, auf eben diese Art vorbehalten worden sey ⁸³⁾. Ich mache hier mit dem neuesten Gesetze den Anfang.

Zuerst also soll der Reichs-Abschied zu Regensburg ⁸⁴⁾ dem Reichs-Cammergerichte die Untersuchung in Strafsachen verbieten. Hier heist es: „Da sich aber ein solcher Fall (die Rede war vom Landfriedensbruche gewesen,) begeben, wenn nur ein einige Person, sonderlich die mit Mittel dem Reich unterworfen, auf freyer Landstrasse einen andern erschieszen, oder dergleichen Mißhandlung thäte, wiewohl nun in Zweifel stehen können, ob dieselbige Person durch die ordentliche des Orts, die That geschehen, oder die unmittelbare Obrigkeit zu strafen, welches Ortes der Beschädigte seine Klage anbringen möge: So s. o. u. w. Wir doch, daß in diesen Fällen, damit Unsern Kayf. Cammergericht mit denselbigen nicht überhäuft, der Beschädigte bei der ordentlichen Obrigkeit um Recht anzus-

83) *Arumaeus*, a. a. O. Qu. VII. *Lyncker*, a. a. O. S. 41. *Bardili*, a. a. O. §. XII. S. 41. *Guther*, a. a. O. §. XIV. S. 21. *Danz*, Grunds. des reichsgerichtl. Processes, §. 54.

84) v. J. 1594. §. 69.

chen soll.“ Unter der *ordentlichen* Obrigkeit, die hier erwähnt wird, sagt man, ist der Reichs-Hofrath zu verstehen, unter der *unmittelbaren* hingegen der Reichs-Hofrath und das Reichs-Cammergericht zugleich. Nun ist die Untersuchung verübter Mordthaten dem Reichs-Cammergerichte ausdrücklich abgenommen und der ordentlichen Obrigkeit (dem Reichs-Hofrathe) zugeschrieben, folglich ist gar kein Zweifel mehr, daß das Cammergericht nachstehen müsse.

So dürfte sich die Sache aber wohl schwerlich verhalten. Vielmehr kann bewiesen werden, daß diese Gesetzstelle auch nicht ein Wort von allen dem enthalte, was man in ihr zu finden glaubt.

Zuerst nämlich folgt diess aus der Veranlassung die zur Aufstellung jenes Satzes vorhanden war. Das Reichs Cammergericht selbst hatte mehrere Bedenken über zweifelhafte Fälle aufgestellt, um eine Entscheidung derselben zu erhalten. Diess ist aus den, der eben ausgezogenen Stelle des Reichsabschiedes vorhergehenden und nachfolgenden Paragraphen klar ⁸⁵⁾, und in dem angeführ-

85) „Also ist auch im Zweifel fürgefallen:“ und

ten 69. §. selbst, heisst es: „Ebener massen ist man bisher in den Zweifel gestanden, durch wie viel Personen der Landfried geschwächt könne werden:“ und kurz darauf folgt weiter: „Demnach auch durch Cammerrichter und Beysitzer Proceß erregt wird — so lassen Wir Uns solch Bedenken Unsers Cammergerichts wohl gefallen.“ Es würde nun aber der Veranlassung zur Festsetzung jener Verordnung äusserst widersprechend seyn, wenn man annehmen wollte, dass hier von Sachen die Rede seyn sollte, die dem Cammergerichte zu untersuchen *untersagt* würden. Das Cammergericht würde *gegen sich selbst* gesprochen, Vorstellungen zur Beschränkung seiner eignen Gewalt gethan haben, welches an sich betrachtet schon nicht angenommen werden kann, und deswegen als noch unmöglicher erscheint, weil die Zeit zu welcher jene Verhandlungen geschahen, gerade in die fällt, wo man so sehr bemüht war das Ansehn und die Gewalt des Reichs-Cammergerichts recht fest zu begründen und möglichst weit auszudehnen.

Ferner, die ganze Stelle kann ja nur von *mittelbaren*, nicht aber von *unmit-*

„dieweil dann ferner bedacht worden:“ heisst es im 68. u. 70. §.

telbaren Personen verstanden werden. Dieß folgt unmittelbar aus der zu Ende jenes Satzes gegebenen Entscheidung daß derjenige, der sich eines solchen Vergehens schuldig gemacht habe, *vor der ordentlichen* Obrigkeit belangt werden sollte, unter der, wie die Worte selbst sagen, keine andere zu verstehen ist, als die *Obrigkeit des Ortes, wo die That geschah*. Vor einer solchen Obrigkeit kann aber kein Reichsunmittelbarer belangt werden und es kann also auch von diesen die Rede gar nicht gewesen seyn, so wie dann auch nun jene Stelle gar nicht bei der Beantwortung unsrer Frage in Betrachtung kommen kann, weil diese sich bloß auf *Reichsunmittelbare* bezieht.

Dann, das gewählte Beispiel von einem Morde auf freier Strasse, ist bloß gegeben, *um eine besondere Art von Landfriedensbruch zu bezeichnen* und zu bestimmen, ob die Klagen über *diese Art* bei dem Reichs-Cammergerichte angebracht werden könnten. Von dem Morde, *als Morde*, ist mithin gar nicht die Rede und es kann also auch aus jener Stelle gar nicht beurtheilt werden, ob das Reichs-Cammergericht

über Mordthaten Untersuchungen führen dürfe oder nicht.

Endlich ist es ganz irrig, wenn die angeführten Schriftsteller unter der *ordentlichen* Obrigkeit, die in jener Stelle erwähnt wird, den *Reichs Hofrath* verstehen. Denn außerdem, daß in jenem Reichsabschiede selbst die Erklärung, welche Obrigkeit unter der *ordentlichen* zu verstehen sey, sehr deutlich gegeben wird, wie so eben bemerkt worden ist; so ist es auch ganz etwas ungewöhnliches, den Reichs-Hofrath mit dem Namen einer *ordentlichen* Obrigkeit zu belegen. Vielmehr wird an unzählig viel Orten in den Gesetzen damaliger Zeiten die *ordentliche* Obrigkeit derjenigen entgegen gesetzt, welche *ohne Mittel* ist ⁸⁶⁾, auch kann der Ausdruck *unmit-*

86) Ich will hier nur auf einige Stellen in der C. G. O. aufmerksam machen. Dasselbst heißt es z. B. Th. II. Tit. I. §. 1. „Alle — Unterthanen bei ihren *ordentlichen* — Gerichten (außerhalb der Fäll, die — an das Cammergericht *ohne Mittel* gehören) gelassen.“ und im gleich folgenden 2. §. „Es soll auch — das K. C. G. — auf niemands Klag und Ansuchen, Ladung erkennen oder geben gegen diejenigen, die — *nicht ohne Mittel* unterworfen seyn, und doch sonst ihren *ordentlichen* Richter haben.“ Ferner Th. II. Tit. XI. Eing. z. E. heißt es: „vor seinem des Verdachten *ordentlichen* Rich-

telbare Obrigkeit nichts anders sagen wollen, als eine Obrigkeit die die erste und höchste ist ⁸⁷⁾, und dann können in jener Stelle keine andern Gerichte als die Reichsgerichte gemeynt seyn.

Ueber dieß läßt sich aus dieser Stelle für Vorzugs-Rechte des Reichs-Hofrathes durchaus nichts nehmen, denn wo ist etwas davon gesagt, daß *er* (der Reichs-Hofrath) das Recht der Untersuchung haben solle? und dieß würde doch gewiß geschehen seyn, wenn es die Absicht gewesen wäre ihm einen Vorzug zu verstatten, zumal, da man in den Gesetzen jener Zeiten hierin ziemlich bestimmt redete und z.B. allemal wenn von dem Umfange der Gerichtsbarkeit die Rede war, sich der Ausdrücke: *vor Uns oder unserm und des Reichs Cammer-*

ter, oder aber *vor Uns*, als Römischer Kayser, oder *Unserm Kayserl. Cammer-Gericht*, Entschuldigung zu thun.“ M. vergl. auch besonders den 70. §. des R. A. v. 1594.

87) Darum wird auch in der P. G. O. art. VII. u. CXIX. von einer Obrigkeit gesprochen, die „das peinlich Gericht *ohne alle Mittel* zu bannen und hegen Macht hat.“ — Die Wörter *ohne Mittel*, und *unmittelbare Obrigkeit*, gehören unter diejenigen über die *Walch* in seinem Glossario sehr unbefriedigend ist.

Gerichte, bediente. Dafs auch hier die Zuständigkeit der Gerichtsbarkeit des Reichs-Hofraths nicht *vorausgesetzt* werden konnte, ist schon nach dem Vorhergehenden vollkommen klar.

Nach diesen allen muß man sich das Ganze auf folgende Art erklären.

Je mehr man in den damaligen Zeiten den allgemeinen Landfrieden wünschte, je mehr man die Störungen desselben fürchtete, desto mehr war man geneigt manches für Landfriedensbruch anzusehen, was es doch eigentlich nicht war. Kein Wunder also, dafs man in den damaligen Zeiten auch Raub und Todtschlag auf öffentlicher Strasse verübt, als Landfriedensbruch betrachtete ⁸⁸⁾. Das Cammergericht war nun aber

88) Die alten Statuten und Provincialrechte geben Beweise genug hiervon. Sehr oft findet man in ihnen Todtschlag und Räubereien als Friedensbruch dargestellt. M. s. z. B. *Hamburg, Stadtrecht* Th. IV. art. 61. *Sächs. Landr.* Th. III. art. 9. *Bayr. Landr.* in *Heumann*, Opusc. S. 67. Vergl. *Abrah. Saur*, Strafbuch. S. 350. u. f. (d. Aufl. v. 1596.) Auch in den Landfrieden selbst werden stets dergleichen Ungebühnisse mit erwähnt: vergl. z. B. bei *Goldast*, Reichssatz. Th. I. S. 154. 183. 184. 197. Th. II. S. 10. Eben daher scheint es auch gekommen zu seyn, dafs man Wunden, die einen Nagel tief giengen, *Friedbrecher-Wunden*

besonders auf die Ahndung des Landfriedensbruches angewiesen, selbst gegen *Mittelbare* sollte dieß geschehen können ⁸⁹⁾, und es war daher ganz natürlich, daß man sich auch um Mordes auf der Landstrasse willen an das Cammergericht wendete. Allein dergleichen Fälle ge-

nannte: m. s. *Westphalen*, monum. ined. R. G. T. III. S. 1651. *Lehmann*, Speier. Chron. S. 284. Nr. 5. und *Datt*, a. a. O. S. 18. Nr. 50. u. f. Eine Vergleichung der Meynungen der Gelehrten hierüber: z. B. *Carpzov*, Pract. rer. crim. P. I. Qu. XXXV. Nr. 19. *Berger*, Electa jurispr. crim. S. 115. besonders *Cramer*, Wetzl. Nebenstunden. Th. XXII. Nr. I S. 3. und Select. jur. publ. nov. T. IX. S. 23. wird das Gesagte bestätigen. Auch führt *J. H. Boehmer*, in s. *Consult. et Decis.* T. II. Cons. 1155. ein Urthel an, in welchem die Hallesche Facultät einen Prediger als Landfriedensbrecher betrachtet hatte, weil er durch seine Predigten die Veranlassung dazu gab. — Hiermit soll übrigens gar nicht behauptet werden, daß man Gewaltthätigkeiten von einer Person verübt, *allgemein* für Landfriedensbruch gehalten hätte. *Gail*, *Datt* u. A. m. beweisen durch ihre Schriften über den Landfrieden hinlänglich, daß dieß nicht gesagt werden könne. Auch urtheilten die Cammergerichtsassessoren, denen bei der letzten Cammergerichtsvisitation eine Revision der C. G. O. aufgetragen worden war, sehr richtig hierüber. M. s. *Mohl*, System der Gerichtsbarkeit des C. G. Th. I. S. 52. u. f.

⁸⁹⁾ Am vollständigsten handelt hiervon *Mohl*, a. a. O. Th. I. S. 41 — 49.

hörten in den damaligen Zeiten zu den Vorfällen des Tags und das Reichs-Cammergericht würde nicht fertig geworden seyn mit Untersuchungen der Art. Darum führte das Reichs - Cammergericht Beschwerde, stellte vor, daß man es von der Verbindlichkeit, Klagen über diese Art von Landfriedensbruch anzunehmen, frei sprechen möchte, und darauf folgte dann die oben ausgezogene Entscheidung. Sie würde mithin nicht anders, als auf folgende Art erklärt werden können. „*Wenn aber der Landfriedensbruch nur von einer Person und zwar von einer nur mittelbaren verübt worden wäre, etwa durch Ermordung eines Menschen auf der Landstrasse, so soll doch unser Cammergericht, ob es schon die Bestrafung der Landfriedensbrecher vorzüglich zum Zweck hat, mit dergleichen Sachen nicht behelligt werden, sondern es soll der Kläger seine Klage bei dem Richter anbringen, unter dessen Gerichtsbezirke die That selbst verübt worden ist*“ 90).

90) Der sonst so gründliche *Mohl*, sagt a. a. O. Th. I. S. 56. u. 57. nichts zur Lösung des Widerspruches dieser Gesetzstelle mit den allgemeinen Er-

§. 16.

Eine andere Verordnung die dem Reichs - Cammergerichte die Untersuchung in Straffällen der Reichsunmittelbaren untersagen soll, ist folgende Stelle der Cammergerichts-Ordnung⁹¹⁾. „Nachdem auch — aus dem, daß einer den andern pfändt, ihn oder die seinen fahet, gemeiniglich alle thätliche Handlungen, Empörungen und Aufrühren im Reich entstehen und erfolgen; Solchem zu begegnen, s. u. o. W., daß hinführo in solchem Fall, da einer der dem Reich ohne Mittel unterworfen, durch sich selbst, oder die seine einen andern, der dem Reich gleicher Gestalt unterworfen, oder die seine pfänden, oder fahen wird, warum oder um was Sachen willen (allein Malefiz Sachen ausgenommen) das beschehe, daß alsdann auf berufen desjenigen, der, oder des Unterthanen, als gepfänd oder gefangen, dem Thäter durch das Kaiserliche Cammergericht bei einer nahmhafsten Pön, und sine Clausula Justificatoria mandirt und geboten werden soll, ohne Verzug, auch einige Ein-

fordernissen des Landfriedensbruches. — Gerstlacher, in s. Handbuche der teutschen Reichsgesetze. Th. XI. Abth. II. S. 3033. glaubt in jener Verordnung die Bestimmung worin der Landfriedensbruch nicht bestehe zu finden.

91) Th. II, Tit. 22. u. C. d. C. G. O. Th. II. Tit. 23.

red und Entgeld das Pfand wieder zu geben: “

Hier, sagt man, ist alles deutlich genug bestimmt. Bei Pfändungen die um Streitigkeiten über Privat-Rechte vorgenommen werden, soll das Reichs-Cammergericht die Untersuchung haben. Allein bei Pfändungen, welche verübter Verbrechen wegen geschehen sind, soll dieses Gericht sich keine Gerichtsbarkeit anmaassen, denn sonst, setzen die Interpreten hinzu, würde den Unmittelbaren ihr Recht auf die erste Instanz (auf die *Austräge*) beschränkt werden ⁹²).

Abgerechnet, daß Austräge überhaupt in Strafsachen gar nicht Statt finden ⁹³), weil hier geschwinde und nach-

92) M. s. *Gail*, de pignorationibus Liber singul. Obsv. III. Nr. 11. an dessen *Observat. pract.* Nr. II. S. 186. (d. Aufl. v. 1595.) u. *Ludolph*, jus cam. Sect. I. §. 8. n. s. S. 59. Vergl. *Joh. Geo. Estor*, Diss. de jure primi fori sive beneficio primae instantiae Ordinibus Imperii perfecte pleneque impertiendo nec restricte posthac praefiniendo. Jenae. 1741. Sect. II. §. XLVIII — LXXXII.

93) Die Reichsgesetze untersagen zwar die *Austräge* in diesen Fällen nicht namentlich, allein sie erklären ausdrücklich daß bei Landfriedensbruch- und Fiscalischen Sachen sogleich an das Reichs-Cammergericht gegangen werden solle. M. s. d. C. G. O. v. 1548. u. 1555. Th. II. Tit. 9. 18. 20. C. d. C.

drückliche Hülfe erforderlich ist, welche bei den Austrägen nicht gehofft werden kann ⁹⁴⁾, so ist auch jene Behauptung mehrerer anderer Gründe wegen, ganz irrig ⁹⁵⁾.

G. O. Th. II. Tit. 10. u. 21. Vergl. *Uffenbach*, de consil. caes. imp. aul. Cap. XII. Sect. I. Subsect. I. Nr. 9. S. 147. *Elias Frid. Heitmann*, de Austregis conventionalibus Ganerbiorum nobilitatis immediatae. Erfordiae. 1728. §. XL. S. 46. *Senckenberg*, flores sparsi ad jus Austraeagarum. Giefsae. 1739. §. XLII. *Blum*, Proc. cam. Tit. XXVII. §. 180. *Harpprecht*, a. a. O. Th. V. S. 33. §. 24. *Pütter*, inst. jur. publ. §. 285. *Häberlin*, Handbuch d. t. St. R. Th. II. S. 424. u. f. *Meister*, Einleit. z. peincl. Rechtsgelahrh. S. 364. §. XXIX. Das Gegentheil behauptet z. B. *Jo. Christ. Schröder*, de Austraeis conventionalibus serenissimae domus Saxoniae. Jen. 1720. §. XVI. S. 18. Vergl. auch oben die Note 3.

94) M. s. die Klagen die *Ludolf*, Syst. de jure Cam. Sect. I. §. 10. Nr. 18. und *Moser*, teutsches Staatsrecht. Th. XXIII. S. 308. u. in d. *teutschen Justizverfassung*. Th. I. S. 113. über die Unzulänglichkeit der Austräge führen. Vergl. auch *Datt*, a. a. O. S. 706. Nr. 25. z. E.

95) Schon *Mohl*, Syst. der Gerichtsbark. des Cammergerichts. Th. II. §. 176. S. 398. u. f. hat ge-
leugnet daß jene Gesetzstelle gegen die Gerichts-
barkeit des Reichs-Cammergerichtes etwas bewei-
sen könne. Denn, sagt er, diese Pfandungs-Con-
stitution war schon 1548. gegeben, also weit frü-
her, als der jetzige Reichs-Hofrath existirte.
Allein ich lasse diesen Umstand hingehen, da der

Erstens also, gesetzt, daß man die Austrägal-Instanz nicht habe aufheben wollen, es wird in jener Verordnung noch gar nicht gesagt daß die Strafsachen auch dann nicht vor das Reichs-Cammergericht zur Untersuchung gebracht werden sollen, wenn durch die Austräge nichts ausgerichtet worden ist. Die Strafgerichtsbarkeit des Cammergerichts müßte dann wenigstens in zweiter Instanz gegründet seyn. Und für diesen Fall würde gewiß etwas gesetzt worden seyn, wenn man die Absicht gehabt hätte das Reichs-Cammergericht von solchen Untersuchungen auszuschließen. Denn mit der Mangelhaftigkeit der gesetzlichen Verordnungen, kann man sich hier nicht entschuldigen, da man gerade in der Bestimmung dessen, was Rechtens seyn solle, im Fall die Austräge ohne Wirkung geblieben sind, mit besonderer Genauigkeit zu Werke gegangen ist ⁹⁶⁾.

Reichs-Hofrath, wenn auch noch nicht in seiner heutigen Form, doch der Hauptsache nach schon vorhanden war, so, daß man dergleichen Sachen an Statt des Cammergerichts vor ihn wohl hätte ziehen können. Beweise für diese Behauptung liegen schon in dem Vorhergehenden.

96) M. vergl. im C. d. C. G. O. Th. II. den II. —

Ferner, eben der Grund, der für diese Behauptung aufgestellt wird, ist ganz gegen sie. Die Austrägal-Instanz soll nicht übergangen werden, sagte man, darum dürfen Klagen wegen Pfändungen durch Verbrechen veranlaßt, nicht vor dem Reichs-Cammergerichte vorgebracht werden. Allein läßt sich denn dieß nicht ebenfalls von den Klagen sagen, die gegen Pfändungen gerichtet sind, zu denen kein Verbrechen Veranlassung gab? wird denn hier nicht auch die Austrägal-Instanz übergangen? warum sollen die Reichsunmittelbaren sich hier eine Beschränkung ihrer Rechte gefallen lassen müssen, und dort nicht? Mit der Berufung auf die Absicht: „*den aus den Pfändungen entstehenden Unruhen und Fehden zu begegnen*“ wie sich die Cammergerichts-Ordnung ausdrückt, die jene Beschränkung nothwendig gemacht habe, wird dieser Widerspruch nicht gehoben, denn bei den Pfändungen, die verübter Verbrechen wegen vorgenommen werden mußten, konnte ja dieselbe Veranlassung zur Unruhe gegeben werden.

VII. Tit. besonders Tit. II. §. 2. u. 4. u. Tit. IV. §. 1.

Endlich, wie folgt denn nun aus jenem Gesetze, daß der Reichs-Hofrath die Untersuchung haben solle? Auch hier kommt man wieder darauf zurück, daß die Gerichtsbarkeit des Reichs-Hofraths schon aus andern Umständen als begründet gedacht werden müsse. Allein eben darum beweisen dergleichen Gesetzstellen nichts, weil sie nicht selbst Gründe für die Wahrheit der Behauptung geben, weil man sich bei ihrer Erklärung mit falschen Voraussetzungen täuscht und in einem ewigen Cirkel herum dreht, da das nicht zu erweisende als bewiesen gesetzt und als beweisend gebraucht wird.

Aber was hat man denn eigentlich, wird man fragen, mit der Ausnahme der Malefizsachen für einen Zweck gehabt? warum soll das Reichs-Cammergericht nicht auch bei ihnen dieselbe Macht haben, wie bei jenen, wenn es nicht den Umstand zum Grunde hat, daß dem Reichs-Cammergerichte die Gerichtsbarkeit ausdrücklich genommen werden sollte? — Ich glaube folgendes hierauf antworten zu können.

Der Grund alles Irrthums und aller Dunkelheit liegt darin, daß man in jener Stelle eine Verordnung über die Ge-

richtsbarkeit, eine Bestimmung des Gerichtes, vor welchem die Untersuchung von dergleichen Fällen geführt werden könne und solle zu finden glaubte, da sie doch nur eine Vorschrift über das gerichtliche *Verfahren* in Pfändungssachen ist. *Rechtmässige* Pfändungen waren nämlich erlaubt, allein in jenen Zeiten, wo das Faustrecht herrschend war und Gewaltthätigkeiten nicht allemal gerichtliche Ahndungen nach sich zogen, war es nichts ungewöhnliches, daß man die Grenzen dieses Rechtes überschritt⁹⁷⁾ und es ward Nothwendigkeit dieser Sache Einhalt zu thun, denn da man sich natürlich dem Pfändenden oft widersetzte, so ward hierdurch die öffentliche Sicherheit überaus gefährdet, worüber in jener Stelle so wohl, als auch in andern Gesetzen⁹⁸⁾ geklagt wird. Diesen Ue-

97) Vergl. *Häberlin*, a. a. O. Th. II. S. 426. u. f.

98) Das *C. d. C. G. O.* Th. II. Tit. XXII. im Eing. u. §. 4. u. 5. spricht von dem *metu armorum*, der aus Streitigkeiten über den Besitz gewisser Sachen entstehe. Auch in der *W. C.* Art. XXI. §. 6 — 8. wird auf dergleichen zu befürchtende Gewaltthätigkeiten angespielt. Vergl. *Mohl*, a. a. O. Th. I. S. 64. u. f. und die Aeufserungen des Cammergerichts über die schädlichen Folgen der Pfändungen bei *Harpprecht*, a. a. O. Th. VI. S. 540.

beln vorzubeugen, sah man kein besseres Mittel, als ein gerichtliches Verfahren anzuordnen, das der ungerechten Gewalt des Pfändenden sogleich Einhalt that und den Gepfändeten eben so geschwind in den vorigen Stand setzte. Deswegen ertheilte man dem Cammer-Gerichte die Macht dem Pfändenden die unverzügliche Herausgabe des genommenen Pfandes, oder Freilassung der Gefangenen, aufzuerlegen und ihm von den Gründen Rechenschaft abzufordern, die ihn zur Pfändung veranlaßt hatten. Das Verfahren war demnach von doppelter Art, denn es enthielt den so genannten *Mandat's*- und *Citation's*-Proceß⁹⁹⁾. In jenem ward wegen der Wiedererstattung des Pfandes, oder wegen Freilassung der Gefangenen summarisch gehandelt: in diesem, mußte der Pfändende die Gründe zur Pfändung ausführen, also im ordentlichen Verfahren zeigen, daß er ein Recht habe so zu han-

99) M. s. *Pütter*, nova epit. proc. imp. §. 145. *Hanzely*, Anleit. zur neuesten Reichs-Hofrathspraxis. §. 930. u. f. *Ebendesselden*, Grundriß des Reichs-Hofräthlichen Verfahrens in Justiz- und Gnadensachen. Th. II. §. 159. und *Berg*, Grundr. d. reichsger. Verfassung. §. 281.

deln ¹⁰⁰). Dieses Verfahren aber konnte nun bei *Malefizsachen* nicht Statt finden und man sah sich genöthigt um jede Irrung abzuwenden, die Ausnahme dieser Sachen von dem beschriebenen Verfahren, ausdrücklich anzugeben. Wenn nämlich jene Gesetzstelle gegen jede Art von Pfändung oder Gefangennehmung „warum, oder um was Sachen willen (als lein Malefizsachen ausgenommen) das beschehe“ vom Cammergerichte verfahren wissen will, so kann man sich hier unter den *Malefizsachen* nur zwei Fälle denken. Entweder 1) es werden Reichsunmittelbare von andern Reichsunmittelbaren, oder wenigstens auf ihr Geheiß, ihrer Besitzungen entsetzt oder gefangen genommen, es geschehe dieß Angriff's- oder Vertheidigungsweise: oder 2) es werden die Unterthanen eines andern Unmittelbaren wegen verübter Verbrechen gefangen genommen ¹⁰¹). Im er-

¹⁰⁰) *C. d. C. G. O. Th. II. Tit. XXIII. R. A. v. 1594 §. 71 — 75.*

¹⁰¹) Der Fall, wo Mittelbare, die eines Verbrechens wegen gefangen saßen, unter der Behauptung der über sie zustehenden Strafgerichtsbarkeit weggeführt werden, kann nicht unter die Fälle bezogen werden, die Malefizsachen betreffen. In den Gesetzen (*C. d. C. G. O. Th. II. Tit. XXIII. §. 14.* und im

sten Falle würde die That nach den Begriffen, die man damals hatte, ein Landfriedensbruch seyn, und es würde also das Verfahren beobachtet werden müssen, das wegen dieses Verbrechens gewöhnlich war ¹⁰²⁾. Diese Behauptung bestätigt der Umstand, daß die Pfändungs-Constitution nur von *Verhütung* Landfriedensbrecherischer Thaten, durch Abwendung der Handlungen, die zur Gewalt auffordern können, redet, nicht aber von dem Verfahren spricht, das gegen wirklich begonnenen Landfriedensbruch Statt finden soll. Im zweiten Falle muß der *Gerichtsstand der Ergreifung* Statt finden ¹⁰³⁾ und die Ge-

R. A. v. 1600. §. 41) wird dieses Verfahren ausdrücklich für eine *turbatio possessionis* betrachtet. Vergl. Harpprecht; a. a. O. Th. VI. S. 495. u. 496.

102) Vergl. Harpprecht, a. a. O. Th. VI. S. 237.

103) Diefes giebt der R. A. v. 1594. §. 74. und das C. d. C. G. O. Th. II. Tit. XXIII. §. 6. nicht un- deutlich zu verstehen. Hier wird die Anwendung des in der Pfändungs-Constitution vorgeschriebenen Verfahrens anbefohlen, im Fall die Gefangen- nehmung bei streitiger Strafgerichtsbarkeit, von dem einen streitenden Theile zur Begründung der Prä- vention vorgenommen worden wäre, (denn hier be- traf der Fall ein *Privat-Recht*). Allein, wenn die gefangenen Personen selbst (dadurch, daß sie ein

fangennehmung ist rechtlich. Die Pfändungs - Constitution, bezog sich aber

Verbrechen verübten,) zu ihrer Gefangennehmung Veranlassung gegeben haben — »doch daß solche Personen nicht selbst zu solcher Pfändung Ursach gegeben hätten« — dann soll die Constitution nicht zur Anwendung kommen. Diefs will auch unstreitig *Pütter*, nova epit. proc. imp. §. 146. S. 155. (d. Aufl. v. 1786) sagen, wenn er den Grund der Ausnahme der Malefizsachen darin setzt: „*ne quid foro deprehensionis fiat detrimento.*“

Im Vorbeigehen muß ich hier bemerken, daß *Schmaupts* im Corp. jur. publ. S. 550. Not. g. den Leser mit Unrecht anweist die Erklärung des angeführten 6. §. des C. d. C. G. O. aus dem folgenden 7. § zu nehmen. Das Ganze, sagt er, ist aus dem R. A. v. 1594. §. 73. u. 74. genommen: aber in dem C. d. C. G. O. ist der Inhalt des 73. §. später aufgestellt, als der des 74. §. Was §. 7. steht, muß also vor dem §. 6. gelesen werden. — Ich glaube daß gerade der 73. §. im R. A. falsch, in dem C. d. C. G. O. hingegen an dem rechten Orte stehe. Denn es werden zweierlei Punkte erörtert, 1) wie es zu halten sey, wenn *bloß* eine *res tertia* gepfändet worden sey, 2) was dann gelten solle, wenn *theils* die streitige Sache, *theils* die Sache eines dritten bei der Pfändung weggenommen ward. Bis mit dem 6. §. wird in dem C. d. C. G. O. von dem ersten, vom 7. u. f. §. von dem zweiten Punkte gehandelt. Diese Ordnung ist im R. A. durch Einschaltung des 73. §. gestört, und die Worte „*vorangezogener Unterschied*“ beziehen sich nicht auf das, was erst im 7. §. des C. d. C. G. O. folgt, sondern auf das, was daselbst im 3. §. gesagt worden war.

bloß auf *unrechtmäßige* Pfändungen oder Gefangenhaltungen ¹⁰⁴⁾, mithin konnte auch hier das vorgeschriebene Verfahren nicht zur Anwendung kommen. Denn mit dem Gebrauche desselben, würde dem Inhaber der durch die Ergreifung des Verbrechers begründeten Strafgerichtsbarkeit, sein Recht selbst entzogen worden seyn. Auch konnte wohl die Herausgabe des Pfandes, oder die Freilassung der Gefangenen in dem Falle, wenn von einem Privat-Rechte die Rede war, bis nach geschehener Beweisführung ohne Gefahr geboten werden: allein im Fall man mit Verbrechern zu thun hatte, war diess nicht möglich. Hier wäre es nämlich vor auszusehen, daß die Furcht vor der das Verbrechen folgenden Strafe die Flucht sicher bewirkt haben würde, im ersten Falle hingegen war kein Umstand vorhanden, der es hätte befürchten lassen, daß dem rechtmäßigen Pfänder nicht wieder zu seinem Pfande hätte verholten werden können.

Doch mehr als die angeführten Umstände enthalten, wird nicht nöthig seyn um theils die Beschuldigung zu rechtfertigen, daß man sich sehr geirrt habe, da

¹⁰⁴⁾ C. d. C. G. O. Th. II. Tit. XXIII. §. 2.

man in jener Verordnung eine Bestimmung der Frage zu finden glaubte ob das Reichs-Cammergericht die Strafgerichtsbarkeit haben solle oder nicht, theils aber auch die Behauptung zu erweisen, daß nur die Unanwendbarkeit des vorgeschriebenen Verfahrens bei den sogenannten Malefizsachen, jene Ausnahme veranlaßt habe ¹⁰⁵).

§. 17.

Endlich V) glaubt man auch noch dadurch die ausschließende Strafgerichtsbarkeit des Reichs Hofraths vor dem Reichs-Cammergerichte beweisen zu können, weil letzteres nicht das *merum imperium* habe, daß nur nach einer besondern Verleihung Statt finden könne, die aber niemals geschehen sey ¹⁰⁶).

¹⁰⁵) M. vergl. ins besondere noch die Verhandlungen, welche über die Verbesserung der Pfändungs-Constitution gepflogen wurden bei Harpprecht, a. a. O. Th. VI. Daselbst heist es S. 237. »Doch ob jemand um Malefiz-Händel gefangen würde, damit soll es gehalten werden wie Recht ist, und jeder Theil durch hergebrachte Freyheit in übung were, oder deshalben alte Rechtmeßige Gebreuch oder Vertrag het.« Daß diese Constitution allein von dem Verfahren „*in civilibus*“ zu verstehen sey, wird an mehreren Orten z. B. S. 552 a. O. gesagt.

¹⁰⁶) Arumaeus, a. a. O. Qu. VII. und die bei

Diese Behauptung gründet sich auf die durch *Noodt* ¹⁰⁷⁾ und *Westenberg* ¹⁰⁸⁾ vorzüglich verbreitete Meynung, daß das *merum imperium* bei den Römern eben das gewesen sey, was heute zu Tage die Strafgerichtsbarkeit genannt wird. Schon andere haben diesen Irrthum hinlänglich aufgedeckt ¹⁰⁹⁾ und ins besondere gezeigt, daß man ganz mit Unrecht die Römische Gerichtsverfassung auf die deutsche anwende ¹¹⁰⁾. Es würde daher in der That ein ganz überflüssiges Geschäft seyn, die aufgestellte Behauptung ausführlich hier zu wi-

Pfessinger, T. III, S. 315. angeführten Schriftsteller.

107) *de jurisdictione et imperio*. Libr. I. Cap. 2. u. 4.

108) *princip. jur. sec. ord. Digestor*. Tit. de jurisdiction. §. 9 — 11.

109) *Ulrich Huber*, *Eunomia Romana*: ad L. 3. π. de jurisdic. *G. L. Menken*, Progr. *merum imperium jurisdictionem criminalem non esse*. Helmstadt. 1749. in *Dessen Opusc.* Hal. 1770. Nr. XIV *Gebauer*, Diss. de jurisdictione. Lips. (1729.) 1733. Cap. II §. 3. *Eichmann*, Erklärungen des bürgerlichen Rechts. Th. IV. S. 324. Not. d. und 328. Vergl. *Bach*, *Unparth. Critik*. III. B. S. 176.

110) Vergl. *Meister*, *Einleit. z. peinl. Rechtsgel.* S. 298. u. 299.

derlegen. Nur dieß einzige mag hier gesagt seyn, daß das *merum imperium* in der Regel die *Untersuchung* der Straffälle gar nicht in sich schloß, sondern bloß das Recht begriff die Bestrafung zu bestimmen und zu vollstrecken ^{III)}. Bei der hier bestrittenen Frage ist aber allein von der *Untersuchung*, nicht von der Bestrafung die Rede, mithin kann der Umstand, ob das Reichs - Cammergericht das *merum imperium* habe, oder nicht, auch wenn dieß (wie es doch nicht ist,) auf unsre deutsche Gerichtsverfassung vollkommen paßte, hier gar keinen Einfluß haben, und der angeführte Beweisgrund fällt also offenbar als nichtig.

III) *Francisc. Polletus*, hist. fori Romani instituta et illustrata Libr. V. Cap. XIV. S. 524.

L. Godofr. Madihn, Diss. vicissitudines cognitionum criminalium apud Romanos usque ad caesarum tempora. Hal. 1772. §. XV. u. XVI.

II.

Darstellung der Gründe aus denen dem Reichs - Cammergerichte gleiche Rechte mit dem Reichs - Hofrathe bei der Untersuchung der Strafsachen der Reichsunmittelbaren zugesprochen werden können.

§. 18.

Schon die Unzulänglichkeit der aufgeführten Gründe muß nothwendig zu der Vermuthung führen, daß dem Reichs - Cammergerichte die Untersuchung in Strafsachen der Reichsunmittelbaren Personen ebenfalls zustehen könne. Allein dieß ist hiermit noch nicht erwiesen, weil die Gründe für eine gewisse Behauptung irrig seyn können, ohne daß deswegen die Behauptung selbst irrig genannt werden kann. Es müssen also besondere Gründe die Nichtigkeit der Behauptung selbst dathun. — Vor diesen aber noch einige allgemeine Bemerkungen.

Es ist, wie aus dem oben gesagten erhellt, nicht geleugnet worden, daß der Kaiser in den älteren Zeiten als der oberste Richter angesehen ward. Es ist

vielmehr zugegeben worden, daß wenn auf den Reichstagen, oder bei andern Verhandlungen über die Gerechtigkeitspflege in Deutschland von Gegenständen gesprochen ward, welche auf das Richteramt des Kaisers Beziehung hatten, man allemal sehr zu Gunsten des Kaisers sprach. Namentlich war dieß dann der Fall, wenn von den Gerechtsamen des Reichs - Cammergerichts die Rede war. Hier suchte man augenscheinlich der ehemaligen unumschränkteren Rechte der Kaiser zu schonen, man vermied sorgfältig jede Gelegenheit, welche den Schein haben könnte, als wünsche man die eine oder die andere Einrichtung in der Justizverfassung nur darum, um freier zu seyn gegen die Rechte des Kaisers ¹¹²⁾. Allein dieß hatte nicht so wohl

¹¹²⁾ Im J. 1467. erklärten die Stände daß die Gerichtsbarkeit auf den Landfriedensbruch eingeschränkt werden sollte, „auf daß dem Kaiser an seiner Obrigkeit kein Abbruch geschähe.“ M. s. Harpprecht, a. a. O. Th. I. S. 72. §. 109. Eben so schlugen die Churfürsten auf den Reichstagen zu Frankfurt im J. 1486. und 1487. Mäßigung vor, damit es nicht den Schein hätte, als ob die Kaiserliche Gerichtsbarkeit beschnitten werden sollte. Beispiele der Art kommen in allen dergleichen Verhandlungs - Acten in Menge vor. Vergl. Moser, Staatsrecht, Th. I. S. 51. u. 52. und das, was oben Note 24. gesagt ist.

darin seinen Grund, daß man von der Nothwendigkeit und Gerechtigkeit des zeither bestandenen Umfanges der Kaiserlichen Richter Gewalt überzeugt gewesen wäre, oder, daß man in der That keine Beschränkung derselben hätte vornehmen wollen. Das, was nachher wirklich geschah, die Einschränkungen der Gewalt des Kaisers in Abrufung z. B. der vor dem Reichs-Cammergerichte anhängig gemachten Sachen, und dergl. mehr zeigen deutlich was man eigentlich im Sinne gehabt habe. Allein es war die feinste Politik der Reichsstände, daß sie bei den ohnehin überall aufstossenden Hindernissen so behutsam zu Werke giengen, daß sie in ihren Reden der Kaiserlichen Gewalt alles einzugestehen schienen ¹¹³⁾, in der That aber desto

¹¹³⁾ Zuweilen ward freilich auch sehr gerade zu gesprochen, wie z. B. von den Fürsten in ihrem Rathschlusse im J. 1486. bei *Müller*, Reichstagstheater unter Maximilian den I. Vorstell. VI. S. 22. und *Harpprecht*, a. a. O. Th. I. S. 80. §. 130. Allein wenn diess ja geschah, so betraf es immer mehr Einrichtungen, die schon vom Kaiser zum Theil zugestanden worden waren, wie in dem angeführten Beispiele, die Ungebundenheit des Cammergerichts an die Willkühr des Kaisers. Bei erst zu treffenden Einrichtungen, nahm man immer lieber einen gelinderen Ton an. — Auch hatten die Stände

wirksamer für den Zweck arbeiteten, den sie sich vorgesetzt hatten. Hierbei thaten sie immer nur einen Schritt auf einmal, suchten nur einen Punct in Richtigkeit zu bringen, und zwar den, dessen Gerechtigkeit und Nothwendigkeit unbezweifelt war. Andere ließen sie immer noch hingehen, ob sie sie gleich ihren Absichten ebenfalls gemäß eingerichtet gewünscht hätten. So war es namentlich mit der Bestimmung der rechtlichen Grundsätze und Einrichtungen in Rücksicht des Landfriedenbruches. Weil ihnen hierinne manches zu Willen gethan ward, so gaben sie ebenfalls vor der Hand in andern Dingen nach. Daher liefs man immer den alten Begriff von der Kaiserlichen Gerichtsbar-

noch andere Mittel ihren Willen durchzusetzen. Hierher gehört vorzüglich, daß sie dem Kaiser die Reichshülfe ernstlich verweigerten, bis dem Reiche ein Gericht gegeben worden sey. „Darzu, sagten sie, erheischt die Nothdurft, und sey vormal angezeigt, beständig Gericht, Recht, Friede und Handhabung, auch Ordnung zu haben: — Dann ohne des sey zu bedenken daß die Stände des Reichs Hilf nit thun oder aufbringen möchten.“ M. s. Müller, R. T. Th. unt. Max. I. Vorstell. II. S. 419. Vergl. auch Ebendaselbst. S. 393. §. 3. und Desselben R. T. Th. unt. Friedr. V. Vorstell. VI. Cap. 49. S. 194. und Cap. 51. S. 196. Harpprecht, a. a. O. Th. I. S. 81. u. a. a. O. m.

keit dahin gestellt seyn, ob er gleich schon durch die ersten Einrichtungen beim Reichs-Cammergerichte überaus beschränkt worden war: man nannte den Kaiser nach wie vor den *obersten Richter und Rechtsschöpfer* ¹¹⁴⁾, obgleich die Stände das meiste zur Bestimmung der Einrichtung des Cammergerichtes beitrugen. Die Kaiser sahen es selbst wohl ein, wohin dies alles führen würde, und erklärten daher ausdrücklich, daß sie sich ihre höchste Gerichtsbarkeit vorbehielten ¹¹⁵⁾, thaten wohl auch

114) M. s. z. B. die Aeufserung der Stände auf dem Reichstage zu Nürnberg bei *Datt*, a. a. O. S. 718. Nr. 181. oder die Erklärung die der *Churfürst von Sachsen* im J. 1608. auf dem Churfürsten-Convente zu Mulda geben ließ: bei *Londorp*, Acta publ. T. I. S. 3 — 5. *Harpprecht*, a. a. O. Th. I. S. 85 §. 144. und Nr. XXX. S. 160. Vergl. auch oben die Note 24.

115) Kaiser *Maximilian* der I. überreichte dem Cammerrichter Grafen *Friedrich von Hohenzollern* bei Eröffnung des Cammergerichts den Richterstab mit Vorbehalt seiner allerhöchsten Obrigkeit. M. s. *Ohtenschlager*, Erläuterung der goldnen Bulle, S. 271. u. f. *Fr. Guil. Tafinger*, Diss. de suprema in Imp. Rom Germ. jurisdictione. Tubingae 1753. §. VII. Auf den Westphälischen Friedensverhandlungen erklärte der *Graf von Trautmannsdorf*: „daß die Kayserliche Majestät viel ehender Land und Leute,

noch manches, was diesen Vorbehalt bewähren konnte ¹¹⁶⁾, allein nichts desto weniger kam es dahin, daß die Gerichtsverfassung eine ganz neue, von der alten völlig verschiedene Gestalt erhielt.

Diese allgemeinen Bemerkungen werden folgenden Gründen mehr Licht geben, die für das gleiche Recht des Reichs-Cammergericht in der Untersuchung der Strafsachen der Reichsunmittelbaren, aufgestellt werden können.

§. 19.

I. *Der Zweck, den die Errichtung des Reichs-Cammergerichts gehabt hat, schliesst*

ja Leib und Leben aufzusehen und zu verlihren, als — vermittelt Privirung der bisher jederzeit gehalten concurrentis Jurisdictionis Anlae Caesareae cum Camera. So gleichsam an Scepter und Cron greiffen zu lassen, endlich resolviret und gemeynet wäre:“ bei *Meiern*, Acta pac. Westphal. Th. IV. S. 56. Vergl. *Pfanner*, hist. pacis Westphal. S. 199. und *Moser*, von der deutschen Justizverfassung Th. I. S. 391.

¹¹⁶⁾ Hierher gehört z. B. der Proceß zwischen Herzog *Albrecht von Baiern* und der Stadt *Regensburg*, der vor dem Kaiser *Maximilian* den I. allein geführt, und nur in der Folge erst an das Cammergericht abgegeben ward. M. s. *Harpprecht*, a. a. O. Th. II. Nr. LXX. LXXVI. u. LXXVIII. S. 196. 231. u. 233.

das Recht der Untersuchung solcher Fälle vollkommen in sich.

Vor der Errichtung des Reichs-Cammergerichts entschied man nicht so wohl nach dem Rechte, als vielmehr nach Gutdünken. Das Verfahren selbst, war nichts weniger als regelmässig, es hatte mehr das Ansehen eines tumultuarischen. Ueberhaupt gab es zu derselben Zeit mehr willkührliche Verträge über Streitigkeiten und Selbsthülfe, als Gerichtszwang. Fürstengerichte waren der öfteren Abwesenheit der Kaiser wegen, nicht allemal zu erlangen: Austräge waren zwar häufiger, allein weder diese noch jene waren hinlänglich geeignet das Recht geltend zu machen, eben weil das Recht weniger, als die Gewalt galt ¹¹⁷⁾. Als nun aber das deutsche Reich in mehrerer Hinsicht eine vollkommnere Verfassung erhielt, als besonders die immer-

¹¹⁷⁾ M. s. *Fürstenerius*, von des Kaiserl. Cammergerichts Jurisdiction. §. 4. S. 14 u. f. (*von Burgsdorf*) Ueber die Frage: ob die Reichsstände Antheil an der Gerichtsbarkeit gehabt? S. 2. *Schmidt*, Geschichte der Deutschen Th. III. S. 216 u. f. *Pütter*, hist. Entwick. Th. I. S. 212. *Robertson*, Geschichte Carls V. (herausgeb. von *Remer*) Th. I. S. 545 u. f. *Herchenhahn*, a. a. O. Th. I. S. 310, u. f.

währenden Fehden einen *jeden* in der Verfolgung seiner Zwecke als hinderlich erschienen, (ob sie sich ihrer gleich noch bedienten, wenn es Vortheil brachte,) da mußte denn auch emsiger für die Einführung einer ordentlichen Justizpflege gesorgt werden. Dals die Gewalt des Kaisers hierbei nicht zureichte, hatte man aus Erfahrung gelernt. *Seine* Macht zu erweitern um die Gerechtigkeitspflege möglich zu machen, konnte also schon aus diesem Grunde nicht Zweck seyn, wenn es auch nicht (wie es wirklich war,) dem Geiste damaliger Zeiten ganz entgegen gewesen wäre. Nur ein wohlgeordnetes Gericht konnte Gerechtigkeit schaffen. Dazu ward erfordert, dals es im Namen des Kaisers und der Reichsstände Recht sprach, und dals es fern wäre von aller andern Einwirkung, als von der, durch die es geworden war, was es war. Diels mußte den Plan bei der Errichtung und Anordnung des Reichs-Cammergerichtes geben, und es mußte daher so eingerichtet seyn, dals der höchsten Gewalt nichts weiter vorbehalten blieb, als was ihr nach der Idee einer rechtlichen Staatsverfassung vorbehalten bleiben muß, das Recht der Obergeraufsicht, oder auch das Recht der

Bestätigung oder Entscheidung nach vorgegangener *rechtlicher* Untersuchung ¹¹⁸⁾).

Allein diess mußte nicht bloß der Zweck der Anordnung des Reichs-Cammergerichtes seyn, er *war* und *ist* es auch wirklich. Schon unter *Friedrich* den III. ward von den Ständen darauf angetragen, daß sich das Reichs-Cammergericht an einem *steten* und einem *ausserhalb des Kaiserlichen Hofes* gelegenen Orte im deutschen Reiche befinden sollte ¹¹⁹⁾. Der Grund hiervon war kein anderer als der, damit das Cammergericht möglichst frei seyn könnte von aller willkührlichen Einwirkung des Kaisers, welche offenbar nicht zu vermeiden war, wenn es am Kaiserlichen Hofe gehalten ward. Wie ernstlich es den Ständen hierum zu thun gewesen sey, beweist ihr standhaftes Beharren hierauf gegen *Friedrich* den III., der das Cammergericht durchaus auch an den Ort gelegt haben wollte, an dem er sich zu Zeiten im Reiche aufhal-

¹¹⁸⁾ Vergl. *Montesquieu*, de l'esprit des loix, Libr. VI, Chapitr. VI. u. VII.

¹¹⁹⁾ *Datt*, a. a. O. S. 711. *Harpprecht*, a. a. O. Th. I. S. 80. §. 129. *Häberlin*, a. a. O. Th. II. S. 308.

ten würde ¹²⁰⁾, bis sie endlich unter *Maximilian* den I. ihr Vorhaben durchsetzen konnten ¹²¹⁾. Noch offener liegt dieser Zweck des Reichs-Cammergerichtes, in den Aeufserungen der Stände sowohl über die Nothwendigkeit, daß sich der Kaiser hier keine vollkommene Kaiserliche Gewalt anmaassen sollte ¹²²⁾,

¹²⁰⁾ *Harpprecht*, a. a. O. Th. I. S. 283. *Malblanc*, Anleit. zur Reichs-Gerichts-Verfassung Th. I. S. 19.

¹²¹⁾ „B. w. a. unser ko. Cammergericht, Wie das nezo durch unser, und des reichs Churfürsten, Fürsten, und gemain versamlung, des hailigen Reichs zu halten fürgenommen und geordnet ist, an ain beleiblich stat, in dem hailigen Reich zu halten bestymen und verordnen und das an demselben ende beleiben, und halten lassen, und in kainen weg davon ziehen noch verendern. Es beschech dann aus redlicher notturst und mit Rat unser und des reichs Churfürsten, Fürsten:“ *Datt*, a. a. O. S. 866. u. 890. An einem andern Orte wird nur erklärt „Wiewol die ko. Mt. des das es an ainem end beleiben solt, kain beschwerung het; Wil sich aber, ko. und kai. oberkait hierinn nit begeben.“ *Datt*, a. a. O. S. 856. und *Harpprecht*, Th. II. S. 206. Ins besondere vergl. m. was *Mohl*, Syst. der Gerichtsbark. des R. C. Th. I. S. 18. über diese Stelle bemerkt.

¹²²⁾ So erklärten sich die Fürsten auf dem Reichstage zu *Frankfurt* im J. 1486. „Der Kayser lasse das Cammer-Gericht offen, und das ohn Unterlaß: gebrauch Sich darinnen, oder dowider nit, dann

als auch in den nachfolgenden gesetzlichen Bestimmungen, nach denen der Kaiser das Reichs-Cammergericht stets bei seinem starken Laufe lassen, dasselbe von seiner Schuldigkeit gegen das Reich nicht abziehen, oder die Erstattung der Berichte an das Reich hindern, keine vor demselben anhängig gemachten Processe von ihm ab und zu sich ziehen, keine dem gewöhnlichen Rechtsgange zu wider laufenden Entscheidungen verordnen solle ¹²³⁾ u. s. w. Deswegen ward es auch dahin gebracht daß Kaiser *Maximilian* der I ausdrücklich versprechen mußte in dem Cammergerichte keine Aenderung vorzunehmen, als *mit Rath der Stände des hei-*

ordenlich^s Gewalts, und mit Vollkommenheit Kayserlich Gewalts: Sein Gnade fördere keine Sach an sich, heng keine an, nehme auch keine abe; Seine Gnade restituire auch niemand in integrum, dann aus Ursachen in Rechten erlaubt — “ *Müller* R. T. Th. unt. Max. I. Vorst. VI. S. 22. und *Harpprecht*, a. a. O. Th. I. S. 80. §. 130.

¹²³⁾ C. G. O. v. 1495. §. 21. v. 1555. Th. II. Tit. XXXV. C. d. C. G. Th. II. Tit. XXXVII. W. C. Art. XVI. §. 3. 7. 8. 9. u. f. Vergl. d. R. A. v. 1654. §. 166. und das Churfürstl. Collegial-Schreiben v. J. 1742. Nr. VII. bei *Schmaufs*, a. a. O. S. 1503. Andere hieher gehörige Punkte führt *Mohl*, a. a. O. Th. I. S. 22. u. f. an.

ligen Römischen Reichs ¹²⁴⁾. Selbst daß die Beisitzer des Reichs-Cammergerichts nicht vom Kaiser ernannt werden können, daß sie von den Ständen präsentirt werden müssen, bestätigt das Vorhergesagte, und daß das Reichs-Cammergericht den *Kaiser und das Reich* repräsentiren solle, ist zu wiederholten Malen erklärt worden ¹²⁵⁾. Den Verrichtungen selbst nach, sollte das Reichs-Cammergericht das Gericht seyn, in welchem die *streitigen Rechts-Angelegenheiten der Reichsunmittelbaren* zum wenigsten untersucht und zur Entscheidung bearbeitet werden könnten. Von

¹²⁴⁾ M. s. oben die in der Note 121. angeführte Stelle und *Moser*, von Deutschland und dessen Verfassung überhaupt, S. 282. §. 11.

¹²⁵⁾ Aufser andern vergl. m. *W. C. Carls V.* art. XXXII. *R. A.* v. 1654. §. 166. *W. C.* v. 1711. Art. XVI. §. 7. 9. 12. 13. Auch in dem *V. A.* v. 1713. §. 22. bei *Schmaufs*, a. a. O. S. 1153. heist es von den Cammergerichts-Assessoren: „Wann nun der Präsentirte zur Beysiher-Stelle gelanget, soll derselbe unter dem unbegründeten Vorwand, als ob er seinen Präsentanten bey dem Gericht (welches überhaupt ihre Kayserl. Majest. und das Reich allein repräsentiret) insonderheit repräsentire, keine Unruhe im Rath noch sonst anfangen:“ Vergl. *Sieber*, von der Macht der Reichsstände und Gerichtsherren Selbst Recht zu sprechen. Göttingen 1773. §. 40—44.

diesem Zwecke sprechen alle und jede Schriften, die bei den Verhandlungen über die Einrichtung des Reichs-Cammergerichtes abgefaßt worden sind ¹²⁶⁾.

126) Um auch das nicht zu verschweigen, was gegen die hier aufgestellten Behauptungen seyn kann, muß hier folgende Aeufserung der Stände, bei *Datt*, a. a. O. S. 707. Nr. 36. bemerkt werden. „Item: auff das unserm Herrn Kayser an seiner Oberkeit und Cammergericht, auch einem jeden Churfürsten — an ihren Obrigkeiten und Gerichtszwängen des obgemelten gerichts halben kein Irung oder abbruch geschehe, so soll dasselbe gericht und die, so, als vorsteht, es besessen, nicht weiter, noch anders macht haben zu richten, dann über und wider die, so ohne mittel under unserm herrn Kayser und das heilig Reich gehörten, und allein von überfahung wegen des obgemelten fridens fürgenommen und beflagt werden:“ Allein es ist schon oben (§. 18.) bemerkt worden, daß die Stände öfters zu Gunsten der Kaiser sprachen. Ferner zeigen die übrigen Berathschlagungen vollkommen, daß dieß nur ein *bloßer Vorschlag* ohne alle Wirkung gewesen sey, denn in der That, wenn dieser Vorschlag nur einiger Maassen berücksichtigt worden wäre; so würde man die Rechte des Reichs-Cammergerichts gar nicht so haben bestimmen können als es vorher und nachher wirklich geschehen war. Wie viel Sachen würden nicht von der Gerichtsbarkeit desselben haben ausgenommen werden müssen. — Ganz anders als in jener Stelle wird von dem Reichs-Cammergerichte in dem *R. A.* v. 1530. §. 76. gesprochen, es wird das *oberste und letzte Gericht* genannt.

Und mit diesen Aeufserungen widerstreitet es gar nicht daß das Reichs-Cammergericht die Untersuchung auch in Straffällen der Reichsunmittelbaren habe. *Niemals ist bei einer öffentlichen Verhandlung oder in einem Gesetze dem Reichs-Cammergerichte dießs Recht abgesprochen worden*; denn was von einigen Gesetzstellen, die hiervon zu sprechen scheinen, zu halten sey, ist aus dem Vorhergehenden klar genug. Schon diesem allgemeinen Zwecke nach, müssen vor das Reichs-Cammergericht alle und jede Sachen der Reichsunmittelbaren *so weit sie Justitz-Sachen sind*, gehören können.

Ins besondere muß die Untersuchung in Strafsachen der Reichsunmittelbaren als Zweck dieses Reichsgerichtes betrachtet werden.

Zur Gründung und Festhaltung des allgemeinen Landfriedens ward das Cammergericht gestiftet (§. 12.): auf strenge, unverzügliche Ahndung der Verletzungen dieses Friedens ward es angewiesen. Wie kann man mehr Beweis dafür fordern, daß die Untersuchungen in Straffällen der Reichsunmittelbaren in dem Zwecke dieses Reichsgerichtes liegen?

Keine Handlung ward für ein so schweres Vergehen gehalten als der Landfriedensbruch, keiner konnte eine schwerere Strafe gedroht seyn als dem Landfriedensbruche und gleichwohl sollte sich die Gerichtsbarkeit dieses Gerichtes nur allein auf die Fälle des *Landfriedensbruches* einschränken müssen?

Wenn es einen Grund für eine solche Einschränkung geben könnte; so müßte es dieser seyn, daß andere Straffälle wichtiger wären, als jene, daß bei der Untersuchung der Straffälle anderer Art vor dem Reichs - Cammergerichte, die Rechte der Reichsunmittelbaren gekränkt würden. Diess ist nun aber alles nicht im geringsten hier der Fall. Der *Materie* nach enthält der Landfriedensbruch keinen leichteren Fall als andere Vergehen, er enthält selbst einen schwereren, diess folgt aus den allgemeinen Grundsätzen von der Größe einer strafbaren Handlung, unmittelbar. Der *Strafe* nach sind andere Fälle ebenfalls nicht größer, und auch diess bedarf wohl keines ausführlichen Beweises, denn was die Reichsacht auf sich habe, die auf den Landfriedensbruch gesetzt ist, ist allgemein bekannt.

Dann ferner, daß die Rechte der Reichsunmittelbaren gekränkt werden sollten, wenn auch die anderen Fälle vor dem Reichs-Cammergerichte untersucht würden, kann nicht bewiesen werden. Das Reichs-Cammergericht ist das Gericht, das die Reichsstände *sich selbst* gesetzt haben als das Gericht das ihre Rechtsangelegenheiten entscheiden soll, und eben deswegen bestimmte man daß nur derjenige *Cammerrichter* seyn könne, der *Fürst* oder wenigstens *Graf* von Geburt sey ¹²⁷⁾, deswegen verlangte man auch bei den *Cammergerichtspräsidenten* die Würde eines *Grafen* oder *Freiherren* ¹²⁸⁾. Ja, weil das Cammergericht ein *weltliches* Gericht sey, *bei welchem auch peinliche Fälle* zur Untersuchung kommen könnten, wollten die Stände, daß das Amt eines Cammerrichters von einem Herren *weltlichen* Standes verwaltet würde ¹²⁹⁾.

¹²⁷⁾ C. d. C. G. O. Th. I. Tit. I. im Eing. Vergl. Harpprecht, a. a. O. Th. II. S. 74. §. 74. und Moser, vermischte Nachrichten von reichsritterschaftlichen Sachen. St. I. S. 325.

¹²⁸⁾ C. d. C. G. O. Th. I. Tit. I. §. 2.

¹²⁹⁾ „Es seye zu bedenken, (sagten sie) nachdem ein Cammer-Gericht je zu Zeiten komme in peinlichen Sachen Recht mitzutheilen, auch die Ungehorsame

Unter diesen Umständen kann den Rechten der Reichsunmittelbaren durch Untersuchung jener Sachen vor dem Reichs - Cammergerichte keineswegs zu nahe getreten werden, eben weil durchaus nichts weiter geschieht, als was bei dem gerichtlichen Verfahren in Civil- und Landfriedenbruchssachen zu geschehen pflegt. Wird das Reichs - Cammergericht in Rücksicht dieser Sachen für erhaben genug gehalten, ein Gericht über Reichsstände seyn zu können, so muß es auch dafür in andern Fällen gehalten werden, die in keiner Hinsicht von jenen verschieden sind. Dieß wird auch um so mehr einleuchtend, wenn man bedenkt, daß der Reichs-Hofrath *kein höheres* Gericht sey, als das Reichs-Cammergericht. Worin sollte also der Grund liegen um behaupten zu können daß die Untersuchungen der Strafsachen der Reichsunmittelbaren *sckicklicher*

des Cammer-Gerichts und öffentliche Friedbrecher in die Acht zu erklären, und zu erkennen: Ob das einem Bischoff oder geistlichen Persohnen geziemen wolle? Und nachdem das Cammer-Gericht ein weltlich Gericht ist, so achten die Stände, daß solch Richter-Amt bequemlicher mit einer weltlichen, dann einer geistlichen Persohn zu bestellen wäre.“
M. s. Harpprecht, a. a. O. Th. I. S. 186. §. 260.

von dem Reichs-Hofrathe vorgenommen würden? In den Gutachten die hierbei an den *Kaiser selbst* erstattet werden können ¹³⁰⁾, kann der Grund nicht bestehen. Denn gesetzt auch der Kaiser würde durch sie selbst in einige Thätigkeit bei der Sache mit gebracht; so bleibt doch immer das eigentliche gerichtliche Verfahren, Verfahren des Reichs-Hofrathes. Immer also hat es der Reichsstand, dessen Sache untersucht wird, mit dem Reichs-Hofrathe nur zu thun und von einem Verfahren, wie ehemals bei dem Fürstengerichte war, ist nicht eine Spur anzutreffen. Ueberdies darf man hierbei auch den Umstand nicht aus der Acht lassen, daß diese Erstattungen der Gutachten an den Kaiser, der Stände Beifall nicht durchaus besitzen und daß mit den Beschwerden, die über sie geführt wurden ¹³¹⁾ der

¹³⁰⁾ *Jo. Jac. Moser*, Zusätze zum teutschen Staatsrechte. Th. I. S. 1002. und *Chr. Ernst Weisse*, Von den Fällen in welchen die Erstattung der Reichs-Hofrathsgutachten in Justizsachen den Gesetzen gemäß ist: in *Dessen* Aufsätzen üb. einige unerörterte Gegenstände des deutschen Staatsrechts. Leipzig 1794. Nr. III. §. 1. S. 92.

¹³¹⁾ *M. s. Weisse*, a. a. O. §. 2. u. 4. S. 92. u. 97.

Schein eines ehrenvolleren, der Würde der Reichsstände angemessneren Verfahrens vollends ganz schwinde.

§. 20.

Mit diesen allen ist denn auch zugleich der Beweis für die Behauptung geführt, daß die Reichsgerichts-Verfassung seit der Errichtung des Reichs-Cammergerichts und des Reichs-Hofraths eine gänzliche Veränderung erlitten habe. Was sonst auf dem Wege der Willkühr und der Verträge bestimmt ward, mußte nun in der rechtlichen Form vor den Reichsgerichten geschehen. Die Richter Gewalt, die der Kaiser sonst hatte, ward nun ausgeübt *im Namen* des Kaisers und des Reichs von den Reichsgerichten, die Kaiser und Reich repräsentiren. Das Reichs-Cammergericht hat die Gerichtsbarkeit ganz mit der unumschränkten Gewalt auszuüben, so weit sie nur überhaupt nach der Idee einer rechtlichen Staatsverfassung unumschränkt seyn kann, d. h. also, dem Kaiser und dem Reiche ist das Aufsichtsrecht über dasselbe vorbehalten geblieben ¹³²⁾. Und wenn auch die Kaiser sich

¹³²⁾ *Pütter*, Diss. de summorum imperii tribunalium concurrente jurisdictione ejusque conflictu in

nie ausdrücklich erklärt haben, daß es diese Bewandniß mit dem Reichs-Cammergerichte haben solle; so lehrt doch theils der Geist der gesetzlichen Bestimmungen über die Verwaltung der Gerechtigkeit vor diesem Reichsgerichte, theils das, was die Kaiser aus ihren Aeusserungen *folgern lassen*, hinlänglich, daß die Kaiser eine solche Verfassung als rechtlich und gültig anerkannt haben ¹³³).

causis antiquioribus ex ipsorum tribunalium origine dijudicando. Gottingae. 1760. und in s. *Opusc. rem judiciar. imp. illustr.* Götting. 1766. Nr. IX. S. 334. §. 6. 8. 9. 11. u. vorzüglich §. 25. Wie sehr die Stände davon überzeugt gewesen sind, daß die Anordnung eines Justizcollegii geschehen und bestehen könne, ohne daß dadurch den Rechten der höchsten Gewalt zu nahe getreten werde, weil ein Collegium mit voller Freiheit für die Ausübung der Gerechtigkeit nothwendig sey, sieht man aus ihren Aeusserungen, die sie bei den Westphälischen Friedensverhandlungen bei Gelegenheit des Vorschlags außer dem Reichs-Hofrathe und Cammergerichte mehrere Gerichte anzuordnen, thaten. Sogar in *Erbkönigreichen*, sagten sie, gebe es mehrere höchste Gerichte ohne daß dadurch die königliche Gewalt in ihrem Wesen aufgehoben würde. Vergl. von *Meiern*, Acta pacis Westphal, T. I. S. 811. u. T. II. S. 607.

¹³³) Beispiele hiervon findet man bei *Pütter*, a. a. O. §. 20. besonders in den diesem §. beigefügten Schol. I. II. u. III. S. 351. der *Opusc.*

Und dieß hat denn nun die wichtigste Folge für die Entscheidung unsrer Frage. Es fällt nämlich sogleich in die Augen daß man ganz unrecht daran thue, wenn man die Entscheidung für das, was *jetzo* gelten soll, aus dem, was *ehedem* galt, herleiten will. Mit einem Worte, es kann von der ehemaligen Justizverfassung nicht auf die heutige geschlossen werden, und man kann nicht behaupten, daß weil die Strafsachen der Reichsstände ehedem unmittelbar vor dem Kaiser untersucht wurden, dieß auch noch jetzt der Fall seyn müsse ¹³⁴⁾. Es ist im Gegentheil vollkommen consequent, wenn man die Entscheidung nach dem Wesen der Verfassung abmifst, die heut zu Tage geltend ist. Selbst wenn Beispiele vorkämen (wie sie denn wirklich vorkommen,) die nicht mit der beschriebenen Natur unsrer heutigen Reichsgerichtsverfassung übereinstimmen ¹³⁵⁾; so würde dieß gegen die aufge-

¹³⁴⁾ *Lünig*, Staatsconsilia. Th. I. S. 648. u. 658. b. und *Pütter*, a. a. O. §. 21. u. 25. S. 352. u. 356.

¹³⁵⁾ Außer dem was schon Oben Note 43. hiervon gesagt worden ist, vergl. m. *Blum*, de jud. turriae imp. Germ. §. LXI. u. Not. a. von *Zech*, de proscriptione statuum imp. §. VII. und *Jo. Theoph. Seger*, Progr. de suprema rei judicariae in Imperio potestate. Lips. 1777. S. 12.

stellten Behauptungen durchaus nichts beweisen können, weil das, was *gegen* die gesetzliche Verfassung geschehen ist, keine Regel für das: wie es seyn soll, abgeben kann. Auch haben sich die Stände jedesmal über dergleichen Vorfälle auf eine Art erklärt, welche diese Aeuss^{er}ung vollkommen bestätigt.

§. 21.

II. *Der Reichs-Hofrath hat so fern er Reichsgericht ist, keinen andern Zweck als das Reichs - Cammergericht, mit hin muss auch das letztere in Beziehung auf solche Fälle, von denen hier die Rede ist, gleiche Rechte mit jenem haben* ¹³⁶⁾.

Die Verhandlungen, die bei den Westphälischen Friedens - Zusammenkünften über die Concurr^{enz} dieser beiden Reichsgerichte gepflogen wurden, zeugen hiervon laut ¹³⁷⁾. Auch ist es

¹³⁶⁾ Vergl. Moser, von den Reichstagsgeschäften. S. 450. und Pütter, inst. jur. publ. §. 307.

¹³⁷⁾ Vergl. besonders von Meiern, Acta pacis Westphal. T. III. S. 256. u. 261. u. zerstr. Jo. Jac. Moser, von der deutschen Justizverfassung. Th. I. 387. und Fr. Carl Moser, pragmat. Geschichte der Reichs-Hofrathsordnung. Th. II. S. 201.

klar, daß, wenn hier von dem Rechte zur Untersuchung der Straffälle der Reichsunmittelbaren die Rede ist, der Reichs-Hofrath nur in der Qualität eines Reichsgerichtes, nicht in so fern er auch noch die Qualität eines geheimen Rathes des Kaisers besitzt, betrachtet werden könne. Denn das, wovon wir hier sprechen, ist bloß *Justiz-Sache*, ganz fremd also von den Angelegenheiten, die der Reichs-Hofrath in der außer-reichsgerichtlichen Qualität zu besorgen hat. Dem Reichs-Hofrathe kann mithin das Recht der Untersuchung solcher Fälle nicht zugeschrieben werden, ohne daß man dasselbe nicht auch dem Reichs-Cammergerichte zuschreiben müßte. Und hierzu kömmt noch der Umstand, daß das Reichs-Cammergericht zu diesem Zwecke, die Justiz zu verwalten, *errichtet* ward, da im Gegentheil der Reichs-Hofrath nur durch das Zusammentreffen mehrerer Umstände, also nicht nach absichtlich gefaßten Entschlusse, vielmehr nicht ohne den größten Widerspruch der Reichsstände¹³⁸⁾, diese Qualität erhielt. Wie soll-

¹³⁸⁾ M. s. *Mich. Löffenius*, gründl. Unterricht ob der kaiserliche Hofrath mit und neben dem kaiserl. Cammer-Gericht zu Speier *concurrentem ju-*

te also unter diesen Umständen dem Reichs - Hofrathe ein Vorzug vor dem Reichs - Cammergerichte in Rücksicht auf Verwaltung der Justiz rechtlicher Weise haben entstehen können?

§. 22.

III. *Es ist die Untersuchung mehrerer Straffälle dem Reichs - Cammergerichte ausdrücklich aufgetragen worden.*

Dieß ist, wie schon oben mehrmals bemerkt worden ist, erstens in Ansehung des Landfriedensbruches geschehen. Er ward damals für das schwerste Verbrechen gehalten; und dennoch machte man die Ahndung desselben dem Cammergerichte zur vorzüglichsten Pflicht. Das Resultat fällt ohne Erinnern in die Augen.

Zweitens werden unter den Fällen, in welchen der Kaiserliche Fiscal vor

isdictionem in allen und jeden Sachen habe. Amberg 1613 und in *Lünig*, Staatsconsilia. Th. I. S. 646. u. f. *Pütter*, hist. Entwick. der Staatsverfassung des deutschen Reichs. Th. I. S. 318. u. f. Th. II. S. 96. u. f. *Moser*, pragm. Gesch. der Reichs - Hofrathsordnung. Th. II. S. 199. *Malblanc*, Anleit. zur Kenntniss der Reichs - u. Prov. Gerichtsverfass. Th. I. S. 32. u. f.

dem Reichs-Cammergerichte Klage erheben soll, *Hochverrath* und *Majestätsverbrechen* ¹³⁹⁾, *Gotteslästerung* ¹⁴⁰⁾, *Uebertretungen der Polizeiordnung* aller Art ¹⁴¹⁾ und *Schüttzung der Wiedertäufer* ¹⁴²⁾ aufgezählt. Daß diese Fälle unter die Fiscal-Sachen gezählt werden, macht hier keinen Unterschied. Das Wesen derselben setzt sie unter die Zahl der Vergehungen, gegen welche harte Strafe verhängen werden soll, und dieß zwar von dem Reichs-Cammergerichte. Und mit der Angabe aller dieser Fälle ist dann auch in der That der größte Theil der Vergehungen gegen den Staat aufgezählt. Beweis genug für das Recht des Reichs-Cammergerichts auf die Untersuchung der Straffälle der Reichsunmittelbaren.

Daß man nicht auch Vergehungen erwähnte, welche in die Classe der *Privatvergehungen* gehören, darf niemanden wundern. Es ist so oft bei der Abfassung der Gesetze der Fall, daß ge-

¹³⁹⁾ C. G. O. Th. II. Tit. XX. §. 2. u. 5. Vergl. Oben Note 68.

¹⁴⁰⁾ P o l. O. v. 1548. §. 6. u. 8. Vergl. Oben Note 69.

¹⁴¹⁾ C. G. O. Th. II. Tit. XX. §. 4.

¹⁴²⁾ C. G. O. Th. II. Tit. XX. §. 6.

wisse Arten unerlaubter Handlungen nicht erwähnt werden, weil sie entweder so selten vorkommen, oder weil es besser ist, daß man sie gar nicht nenne. Hier gilt dieß nun in einem vorzüglichen Grade. Die Fälle, wo sich Reichsunmittelbare eines Vergehens jener Art schuldig machen, sind, wie die Geschichte lehrt, so äußerst selten, daß sie in der That keiner besondern gesetzlichen Bestimmung zu bedürfen schienen. Und über dieß, den größten Antheil bei der Abfassung unsrer Reichsgesetze, haben die Reichsstände selbst gehabt. Sollten sie gegen sich selbst sprechen? sich selbst mit einer gesetzlichen Bestimmung für fähig zu jenen Vergehungen erklären? Es liegt am Tage, daß dieß nicht geschehen konnte: und man weiß dann ohne weitläufige Ausführung, wie man dergleichen Stillschweigen zu erklären habe und was man daraus für Schlüsse nicht ziehen könne.

§. 23.

Endlich IV. *mehrere Gesetze machen es wahrscheinlich, daß das Reichs-Cammergericht das Recht der Untersuchung in Straffällen haben solle.*

Ausdrücklich spricht kein Gesetz für oder wider das Reichs-Cammergericht: aber die Wahrscheinlichkeit, daß es so seyn solle, wie behauptet worden ist, begründen mehrere allerdings. Nach der Verfahrungsart der Gegner, könnte Gesetzstellen der Art mit eben dem Rechte Beweiskraft beigelegt werden, wie es den oben angeführten Gesetzen zugeschrieben worden war. Allein die Wahrheit soll *erwiesen*, nicht *vorgespiegelt* werden, darum sollen die Gesetze hier für nichts anders ausgegeben werden, als was sie wirklich sind.

Zuerst kann hier die Stelle stehen, wo von den mit der Acht Bestraften geredet wird, wegen Uebertretungen, die nicht zu den Landfriedensbrüche gehören ¹⁴³⁾. „Item erklären, s. o. u. w. W. immaßen auff dem gehaltenen, Reichstag zu Freyburg auch declarirt und gesetzt worden ist, daß der Kläger, auf daß Anrufen jemand von Schuld, Ungehorsam oder anderer Sachen wegen, den Friedbruch nicht betreffend an dem Cammer-Gericht in die Acht kommen wäre —“ Die *anderen* Sachen, um deren willen die Acht erkannt worden seyn soll, können keine

¹⁴³⁾ C. G. O. Th. II. Tit. XIX.

anderen Fälle, als *Vergehungen* in sich begreifen, denn Schuld und Ungehorsam auf ergangene Ladungen, werden ja ausdrücklich von ihnen getrennt.

Ferner wird in der Cammergerichtsordnung ¹⁴⁴⁾ da, wo die Bestimmung der vor dasselbe gehörigen Fälle gegeben wird, die Untersuchung der Straffälle nicht ausgenommen. „Weiter o. f. u. w. W., daß alle und jede Person und Sachen, die der Kayserl. Jurisdiction ohne Mittel unterworfen, und durch sondere Austräg dieser Ordnung, oder ander Privilegien, Freyheiten gewillführte, und rechtmäßige Gewohnheiten, nicht ausgenommen sind, an dem Kayserl. Cammer-Gericht fürgenommen und gerechtfertigt werden sollen.“ ¹⁴⁵⁾ Es ist aus dem vorhergehenden klar, daß die Untersuchung der Strafsachen der Reichsunmittelbaren, dem Cammerge-richte nirgends ausdrücklich genommen worden sey, auch die Worte: *rechtmäßige Gewohnheiten*, können diesem Reichsgerichte das Recht der Untersuchung nicht nehmen wollen, denn die

¹⁴⁴⁾ C. G. O. Th. II. Tit. XXVII.

¹⁴⁵⁾ Vergl. hierüber *Walbaum*, conclus. de jurisdictione camerae. Marb. 1627. Conclus. XI. Nr. I. *Lünig*, Staatsconsilia. Th. I. S. 654. u. f.

Gewohnheiten waren, wie oben gezeigt worden ist, abgeändert worden, dadurch, daß mit der Errichtung eines höchsten Reichsgerichtes ein gesetzliches rechtliches Verfahren eingeführt ward. Selbst bei Fällen, die in der Folge Landfriedensbruch genannt wurden, war es sonst Gewohnheit durch ein willkührliches Verfahren gegen Rechtsverletzungen zu handeln: daß ihretwegen vor dem Reichs-Cammergerichte geklagt ward, würde den rechtmäßigen Gewohnheiten ebenfalls zuwider gewesen seyn. — Die Ausnahmen, die hier gemacht werden, beziehen sich bloß darauf, daß nicht Privilegien wie z. B. das *de non appellando*, oder Gewohnheiten, die bei Reservaten des Kaisers, z. B. in Rücksicht der Lehne, Gnadensachen u. s. w. beobachtet wurden, beeinträchtigt werden sollten. Wenn es übrigens Ausnahmen hätte geben sollen, wie z. B. in Rücksicht der Untersuchung in Straffällen, so hätten sie *hier*, wo die so eben ausgezogene Stelle gesetzt war, *namentlich* angegeben werden müssen, weil es eben hier die Absicht war die Sachen zu bestimmen, die unter die Gerichtsbarkeit des Reichs-Cammergerichtes gehören sollten. Die Orte, wo man, wie oben gezeigt

worden ist, behauptet, daß die Ausnahmen festgesetzt worden wären, sind nicht im geringsten dazu schicklich, und auch dieser Umstand ist gegen die Behauptung daß das Recht der Untersuchung in Straffällen in jenen Stellen dem Reichs - Cammergerichte entzogen worden wären.

Auch die Gesetzstellen, welche alle und jede Störungen des Reichs Cammergerichts in der Ausübung seiner Gerichtsbarkeit untersagen ¹⁴⁶⁾ enthalten Gründe der Wahrscheinlichkeit für die aufgestellte Behauptung. Hierbei muß man aber freilich unpartheiisch zu Werke gehen und nicht übersehen, daß bei der Bestimmung der Rechte des Reichs-Hofrathes gegen das Reichs-Cammergericht vorzüglich das berücksichtigt ward, daß der Reichs-Hofrath, in wie fern er zugleich ein Privat-Hofrath des Kaisers ist, in der Betreibung der für diesen gehörenden Geschäfte, nicht beschränkt werde. Ueberhaupt zeigen es die Verhandlungen über die Einrichtung des Justizwesens in Deutschland, daß man nur bloß darauf umgieng zu bestimmen, wor-

¹⁴⁶⁾ Z. B. in der R. H. O. v. 1654. Tit. II. §. 8. und in der W. C. Art. XVI. §. 7. u. 8.

in das eigentliche gerichtliche Verfahren bestehen sollte. Was zu den Reservaten des Kaisers gehörte, was nicht *Processsache* war, das wollte man ganz so lassen, wie es ehemals gewesen war. Sachen mithin, die Belehnungen, und andere Regierungs-Angelegenheiten betrafen, sollte der Kaiser nach wie vor, aus eigener Machtvollkommenheit durch seinen Privat-Hofrath betreiben lassen können. Allein man hatte durch mehrere Fälle die Erfahrung gemacht, daß manches der Kaiserlichen Gewalt nach und nach entzogen worden war. Damit es nun hier in Rücksicht der Betreibung der Reservatrechte nicht eben so gehen möchte, so ließen es die Kaiser stets hören daß ihnen dies ausschließend zustehen sollte. Bei jeder Gelegenheit wiederholte man es ausdrücklich, daß Regierungsgeschäfte und dergl. nur vor dem Reichs-Hofrathe betrieben werden sollten. Dies geschah natürlich gerade dann am häufigsten, wenn von dem Verhältnisse dieses Gerichtes gegen das Reichs-Cammergericht die Rede war, eben weil durch dieses eine solche Beschränkung als möglich gedacht werden konnte. So ist dann auch in der so eben angeführten Stelle der Reichs-Hofrathsordnung mit

den Worten: „und sonst in denen Fällen, darinne wir unserem Cammergerichte *concurrentem jurisdictionem* mitgetheilt haben;“ auf weiter nichts gedeutet als auf die Sachen, die der Reichs-Hofrath als Privat-Collegium des Kaisers zu betreiben hat: denn was die eigentlichen Justizsachen betrifft, so sind von diesen nirgends einige der Gerichtsbarkeit des Reichs-Cammergerichts entzogen worden.

§. 24.

Das Resultat von allen diesen, ist nun folgendes.

In den älteren Zeiten, wo die Justizverwaltung in Deutschland noch keinem ordentlichen Gerichte anvertraut war, hatte der Kaiser als die Hauptperson unter den willkührlich zu wählenden Richtern allerdings die Direction bei den Untersuchungen der Straffälle der Reichsunmittelbaren (§. 4. 5. 9. u. 18.). Mit der Errichtung des Reichs-Cammergerichts aber, veränderte sich die ganze Lage der Dinge und es ward eine gesetzliche Proceßform eingeführt, mit welcher dann der dem mündlichen Verfah-

ren angemessene willkürliche Gang gänzlich abgeschafft ward (§. 19. u. 20.).

Dem Geiste der hierüber vorhandenen Gesetze und Einrichtungen ist dann kein anderes Verfahren gemäß, als dieß, daß, wenn sich ein Fall ereignen sollte, der eine Untersuchung gegen Reichsunmittelbare nach sich ziehen muß, die *Untersuchung* vor einem der beiden Reichsgerichte geführt, die *Entscheidung* selbst aber nur auf dem Reichstage gegeben werden könne (§. 2.). Dieß ist dem Rechtsgesetze vollkommen entsprechend, nach welchem der Entscheidung einer jeden Sache, sie sey welche sie wolle, eine *förmliche juristische Untersuchung vorhergehen muß*. Aber für diesen Zweck ist die Versammlung auf dem Reichstage nicht geeignet. Es ist hierzu ein von der anordnenden Gewalt im Staate gesetztes autorisirtes Gericht nothwendig, wie dieß mit dem Reichs-Cammergerichte so gut wie mit dem Reichs-Hofrathe der Fall ist. Ebenso rechtlich ist es, daß das Urtheil *über* Regenten, nur *von* Regenten gesprochen werde. Dieß kann und soll nun nach den Gesetzen ¹⁴⁷⁾ auf dem Reichs-

¹⁴⁷⁾ *W. C.* Art. XX. §. 4. u. 5. — Vergl. Oben die Note 7. u. 8.

tage geschehen, wo die Stände selbst das Urtheil sprechen, wenn sie es gleich nur durch ihre Gesandte daselbst verkünden lassen.

Unpartheiisch betrachtet, ist alles auch den Forderungen vollkommen angemessen, welche man in den (oben angeführten) Schriften über die Beibehaltung einer mit der Natur des Fürstengerichtes übereinstimmenden Verfahrens gemacht hat ¹⁴⁸⁾. Wenn die beiden

¹⁴⁸⁾ Beiläufig muß hier noch bemerkt werden, daß der Grund der Zuneigung der Stände für das Fürstengericht nicht sowohl in der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit desselben, als vielmehr in zufälligen Verhältnissen lag. Je nachdem es den Partheien vortheilhaft dünkte, wollten sie auch bald diesen, bald jenen Richter haben, und man findet daher oft ganz widersprechende Meynungen. In den ältern Zeiten wollte man auch darum ein Fürstengericht, um sich alles eigenmächtigen Verfahrens der Kaiser so viel möglich entziehen zu können, welches vor der Umänderung der deutschen Justizverfassung durch vollkommne Anordnung des Reichs-Gerichtes, nicht selten war. Der Proceß gegen Herzog *Heinrich von Bayern* im J. 1448. giebt hierzu ein Beispiel ab. Da der Herzog vor das Cammergericht des Kaisers, aus dem nachher der Reichs-Hofrath entstand, geladen worden war, so befürchtete man ein so eigenmächtiges Verfahren, und es ward den Bevollmächtigten der Auftrag ertheilt, zu sehen *wer bei dem Kaiser zu Gericht sitze*. Der Kaiser (*Friedrich der III.*)

Reichsgerichte nämlich nicht die Entscheidung geben, sondern nur die Untersuchung führen sollen, so ist diese Verfahrensart im Ganzen genommen der ehemaligen offenbar sehr entsprechend und nur darin weicht sie von jener ab, daß sie eine förmliche juristische Untersuchung vorangehen läßt, die die Entscheidung selbst begründet und erleichtert.

gab dann auch auf die geführten Beschwerden die merkwürdige Antwort (bei *Londorp*, Acta publ. T. I. S. 32. u. f. und in den *Electis jur. publ.* v. J. 1694. Cap. I. Nr. 12.) „so ist doch unser Meinung nicht gewesen, und auch noch unsre Meinung nicht, daß solch Recht in unserem Cammer-Gericht, das wir mit niederen Versohnen dann Fürsten und um Sachen, die unserer und des Reichs Fürsten Leib, oder Lehen nicht berühren, besetzen, zwischen Euer L. soll oder sollte ausgetragen werden, sondern allein vor unser Majestät und unserer und des Reichs-Fürsten, die wir zu uns setzen werden.“ Vergl. *Harpprecht*, a. a. O. Th. I. S. 54. u. f. § 70 — 75. So sehr man hier und in andern Fällen das Fürstengericht wünschte, so bewirkte die Hoffnung eines Vortheils wie gesagt, auch entgegengesetzte Wünsche. So wollte z. B. Bischof *Johann zu Worms* im J. 1496. seine Sache durchaus nicht von dem Cammergerichte ab und vor den Kaiser gebracht wissen, „weil dieser sich mit der Errichtung des Reichs-Cammergerichtes seiner Gerichtsbarkeit begeben habe.“ M. s. *Harpprecht*, a. a. O. Th. II. S. 99. §. III.

§. 25.

Dafs man aber auf die mit der Veränderung der Justizverfassung durch die Errichtung des Reichs-Cammergerichts verbundenen Folgen nicht die gehörige Rücksicht genommen hat, dafs man sich durch das Zusammentreffen verschiedener oben angeführter Umstände in dem Wahne bestärken liess, als sey der Kaiser immer noch die Person vor welche die *Untersuchung* gehöre, der aber die *Betreibung* dieser Geschäfte dem Reichs-Hofrathe übergeben habe, dafs endlich auch noch mehrere politische Verhältnisse eintraten, die für das Verfahren vor dem Reichs-Hofrathe sprachen ¹⁴⁹⁾, hat freilich eine Praxis hervorgebracht, die mit den aufgestellten Grundsätzen nicht übereinstimmend ist. Denn der Reichs-Hofrath hat nicht nur mehrmals und zwar sehr nachdrücklich ein ausschliessendes Recht auf die Untersuchung solcher Fälle behauptet ¹⁵⁰⁾, wie-

¹⁴⁹⁾ Vergl. *Moser*, Reichshofrathsconclusa Th. I. S. 553. und Th. IV. S. 285. 359. 365. und *Mohl* hist. Vergleichung der beiden höchsten Reichsgerichte §. 62. S. 407. und *Ehendesselben* System der Gerichtsbark. des Cammergerichts Th. II. §. 176. S. 389.

¹⁵⁰⁾ Hieher gehört z. B. das *Reichshofrathsconclu-*

wohl es eigentlich nie zu einem Streite zwischen den beiden Reichsgerichten selbst gekommen ist, es sind auch in der That fast immer die Untersuchungen in dergleichen Fällen vor ihm geführt worden ¹⁵¹⁾. Selbst in den neue-

sum von 1743. gegen den Herzog von Württemberg: bei *Cramer*, Opusc. T. IV. S. 542. u. f. „Da übrigens J. K. M. es bey dem in dem Kayserl. Rescript d. 12. Mart. a. c. allerunterthänigst geäußerten, auch in denen Reichs-Rechten und uralten Reichs-Herkommen, und sonst wohl gegründeten, und ohnwidersprechlichem *Principio*, daß niemand anderst, als allein J. K. M. als allerhöchsten obersten Reichs-Richter im Reich, die *Jurisdiction* und *Cognition* über die *Status Imperii et Immediatos Imperii* zumalen in *Criminalibus* privative zu stehe, alles Einredens ohngehindert ein- vor allemal bewenden ließen, und sich gnädigst versetzten, es werde der Herr Herzog hinfünftig hiernach jederzeit zu richten, um so mehr von selbstem geneigt seyn, als denenelben aus dem Kayserl. Rescripto d. 24. Jul. 1737. noch ganz wohl erinnerlich seyn würde, daß schon damals die *in hac ipsa Causa* sich angemaaste *Cognition*, und alles, was dabei vorgegangen, als *incompetent* gechehen *Authoritate Caesarea* cassirt und annullirt worden.“ Vergl. auch das Reichs-Hofrathsconclusum v. 12. Aug. 1716. in der Sammlung merkwürd. Reichs-hofrathsconclus. Th. II. S. 682.

151) Beispiele hiervon findet man bei *Moser*, von den deutschen Reichsständen S. 1271. und in *Eben-*
desselben, von der deutschen Justizverfassung. Th.

sten Zeiten liefert die Geschichte mehrere Beispiele hiervon. So ward im J. 1770. gegen den regierenden Grafen *Friedrich von Leiningen-Güntersblum*, dem Gotteslästerung, attentirter Todtschlag, Giftmischung, zwiefache Ehe, Majestätsverbrechen und Concussion Schuld gegeben ward, auf einen von dem Churfürsten zu Mainz als ausschreibenden Fürsten des Oberrheinischen Kreises an den Kaiser erstatteten Bericht, von dem Reichs-Hofrathe verfahren ¹⁵²⁾. Eben diels geschah mit dem Wild- und Rheingrafen *Carl Magnus zu Rheingrafenstein* im J. 1775. dem, wie es in dem Urtheile hiefs, schändliche Betrügereien, unverantwortlicher Mißbrauch der Landesherrlichen Gewalt und vielfältig-befohlene und zu-

I. S. 651. *Reufs*, deutsche Staatskanzlei. Th. I. S. 407. und *Malblanc*, Anleitung zur Kenntniss der Reichs- und Provincial-Gerichtsverfassung. Th. IV. S. 304. *Note h.* Beispiele von Achtserklärungen in den letzten Jahrhunderten, am vollständigsten bei *Moser*, von den deutschen Reichsgeschäften. S. 184. u. f. und *Hanzely*, Grundriß der Reichshofrätlichen Verfassung Th. II. in den Beilagen. Nr. 399—402. S. 329. 335. 338. u. 347.

152) M. s. *Pütter*, hist. Entwik. d. heut. Staatsverfass. d. t. Reichs. Th. III. S. 236. *Note h.*

gelassene Fälschungen zur Last fielen, die er auch mit 6 und $\frac{1}{4}$ J. Gefängnißstrafe auf der Festung Königstein büßen mußte ¹⁵³⁾ und mit dem Reichserbtruchsessen Grafen *Gebhard Xaver zu Wolfegg - Waldsee* im J. 1778, welchem ebenfalls mehrere Jahre Gefängniß zuerkannt wurden ¹⁵⁴⁾. Allein diese Verschiedenheit zwischen den aufgestellten Grundsätzen und der Praxis hat hier keinen Einfluß, denn der Zweck der gegenwärtigen Untersuchung gieng wie gesagt, nicht dahin zu zeigen, daß das Reichs - Cammergericht dieß Recht in der That *ausübe*, nur dieß sollte dargethan werden, daß ihm dieß Recht dem Geiste der Gesetze sowohl, als auch dem Wesen der deutschen Justizverfassung nach vollkommen *zustehe* und daß, wenn je einmal ein Gesetz hierüber gegeben werden sollte, dieß ebenfalls nicht anders, als wie es hier geschehen ist, bestimmen könne, es sey denn, daß besondere Umstände berücksichtigt würden, die es für rathsam erkennen liesen, wenn dem Reichs - Hofrathe das

¹⁵³⁾ *Pütter*, a. a. O. Th. III. S. 238. Note i.

¹⁵⁴⁾ *Moser*, Zusätze zu seinem neuen Staatsrechte, Th. II. S. 460. u. f. *Pütter*, a. a. O. Th. III. S. 238. Note k.

Recht der Untersuchung in Straffällen
der Reichsunmittelbaren, ausschliessend
zugeheilt würde.

S. 27. in der Note 32. hinter *Burkhard, de casibus*
monasterii St. Galli. sind die Worte: — bei
Goldast, Script. Rer. Alem. T. I. S. 65. aus-
gelassen worden.



Tittmann, Karl August,

Über die Behauptung, daß die Untersuchung in Strafsachen der
Reichsunmittelbaren dem Reichs-Hofrathe, nicht dem Reichs-Cammergerichte
zustehe

Leipzig 1801

Augsburg, Staats- und Stadtbibliothek -- Rw 1974

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11277285-2